

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 3,40 RM., monatlich 1,20 RM.,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Quartalsweise vom Postamt abgeholt
 1,20 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,34 RM. Unter Streifen für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.— RM., für das übrige Ausland
 5,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Versand-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegraphisch: K. 1111
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Nebengebühren sind: 10 Pfennig für
 die erste Zeile, 5 Pfennig für die
 folgenden. Kleinere Anzeigen, die
 weniger als 10 Zeilen umfassen,
 werden zu besonderen Bedingungen
 angenommen. Die Anzeigen für die
 nächsten Nummern müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben
 werden. Geschäftszeit von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. **Mittwoch, den 25. September 1918.** Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Schwierigkeiten — noch keine Lösung!

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß die Zentrumsfraktion den gestern hier mitgeteilten Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses fast einstimmig abgelehnt habe. Die „Germania“ meldet von einem solchen Beschluß nichts. Nach unseren Informationen ist die Mitteilung des fortschrittlichen Blattes auch nicht richtig. Eine Ablehnung in Rausch und Wogen ist auch schon deshalb nicht gut möglich, weil sich unter den sechs Punkten wenigstens einige befinden, über welche nicht erst seit gestern volle Übereinstimmung besteht. Wenn wir recht unterrichtet sind, nimmt man in der Zentrumsfraktion allerdings an einem Punkt der aufgestellten Mindestforderungen, einem sehr wichtigen, Anstoß. Ist das der Fall, so wird eben die Verwirklichung des Planes, für den das beschlossene Mindestprogramm die Bedingungen aufstellt, bis zu dem Zeitpunkt verschoben werden müssen, in dem diese Bedenken überwunden sein werden.

Die Haltung der „Germania“ läßt weiter darauf schließen, daß die Zentrumsfraktion beabsichtigt, unsere Partei zur Aufgabe bestimmter Forderungen zu veranlassen. Sie nimmt an, daß der Beschluß der sozialdemokratischen Körperschaften nicht ihr „letzte Wort“ darstellt und mahnt, alles auszuholen, „was nach einseitiger Parteipolitik“ enthält aber der Beschluß nichts. Er spricht nur aus, was nach der Überzeugung der sozialdemokratischen Partei für das Reich in diesem Augenblick das Allernotwendigste ist. Eine nicht unbedeutende Strömung in der Partei findet auch dieses Allernotwendigste noch nicht ausreichend. Nur mit Stimmengleichheit hat ferner der Parteiausschuss den Antrag abgelehnt, die ganze Frage einem Parteitag zu unterbreiten. Daraus wird man den Schluß ziehen müssen, daß es der Partei um ihr Mindestprogramm ernst ist, und daß dieses nicht zu dem Zwecke aufgestellt ist, ein Handelsobjekt zu bilden.

Die „Germania“ sagt ferner, das Zentrum werde einer Aufnahme von Sozialdemokraten in das Kabinett Hertling grundsätzlich weiter geneigt bleiben. Nun ist freilich der Eintritt von Sozialdemokraten in das Kabinett Hertling auf unserer vorgestrigen Parteitagung nicht in Erwägung gezogen worden, doch dürfte sich die Bereitwilligkeit des Zentrums auch auf den Fall einer künftigen Regierungsbildung erstrecken. Mit dieser Bereitwilligkeit allein ist es aber nicht getan, wenn sie sich nicht mit der Erkenntnis vereinigt, daß anders, als wie die Sozialdemokratie es vorschlägt, nicht zu helfen ist. Man darf das Reich in seiner heutigen Lage wohl mit einem Stranke vergleichen. Kein gewissenhafter Arzt wird die Behandlung eines Patienten übernehmen, wenn dieser seine Ratsschläge nicht annehmen will. Unbillig gesprochen, handelt es sich heute darum, an Stelle eines bloß scheinbaren, ein wirkliches Verantwortungsverhältnis der Reichstagsparteien herzustellen. Würde die Sozialdemokratie bloß ihren Namen dazu hergeben, eine Politik zu decken, die sie vor sich selber nicht verantworten kann, so würde der bestehende Zustand nicht gebessert, sondern verschlechtert.

Wie wenig von einem Eintritt der Sozialdemokratie in die gegenwärtige Regierung die Rede sein kann, haben die Ausführungen ihrer Vertreter in der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses deutlich gezeigt. Der Gesamteindruck dieser Sitzung ist nicht der, daß man von dieser Regierung als einem noch lebensfrischen Gebilde sprechen könnte. Die Erklärungen der Minister fanden nur gedämpften Interesse und noch gedämpfteren Beifall, der noch der Mitte hin in Schweigen ausklang, auf der Linken lebhaften Widerspruch begegnete. Namentlich die Rede des Herrn Reichskanzlers war in ihren breiten Zeilen, die von Belgien und — wer weiß zum wievieltenmal? — von der Kriegsschuld handelte, recht unpolitisch, die erste Hälfte erschlug geradezu die zweite, die, soweit sie den Völkerbund betraf, besser war, obwohl sie auch hier der überzeugenden Wärme entbehrte.

Graf Hertling hätte um so mehr Grund gehabt, an dem munden Punkt „Belgien“ zum mindesten stillschweigend vorüberzugehen, da sein früherer Fraktionskollege Erzberger soeben erst in einem Buch über den Völkerbund die bekannten fadenscheinigen Argumente, die auch der Reichskanzler wieder vorbrachte, kritisch in Stücke zerrissen hat. Belgien, sagt Erzberger, hat keine Neutralität in einwandfreier Weise gewahrt, und ihm ist von deutscher Seite Unrecht geschehen. Der Verantwortung, Deutschland habe einen französischen Angriff auf Belgien zuvorkommen müssen, setzt Erzberger die Mitteilung entgegen, daß der französische Mobilisationsplan einen Einmarsch in Belgien gar nicht vorsehe. Und das Notwehrrecht? Deutschland hätte nun einmal die Verpflichtung übernommen, auch im Falle der Notwehr, d. h. eben des Krieges, die von ihm garantierte Neutralität Belgiens zu achten. Eine garantierte Neutralität nur für den Frieden hat offenbar keinen Sinn. Und wenn sich Hertling — noch immer! — darüber beklagt, daß Belgien den Deutschen das geforderte Durchmarschrecht ver-

Neue heftige Angriffe bei St. Quentin — Gefechte bei Villers Guislain und Epehy Deutsche Grabengewinne.

Berlin, 24. September 1918, abends. Amtlich.
 Nordwestlich von St. Quentin sind erneute heftige Angriffe des Feindes zwischen dem Oignon-Bach und der Somme gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 24. September 1918. (WIS)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordwestlich von Dilsnau und nordöstlich von Hyern machten wir bei erfolgreichen Unternehmungen sechs Gefangene. Nördlich von Rocures wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Die Artillerietätigkeit war im Kanalabschnitt südlich von Arleux gesteigert.

Heeresgruppe Boehn.

In östlichen Gegenangriffen nahmen wir südlich von Villers Guislain und östlich von Epehy Teile der in den letzten Kämpfen in Feindeshand verbliebenen Grabenstücke wieder und machten hierbei Gefangene. Gegenstöße des Feindes wurden abgewiesen. Zwischen Oignon-Bach und der Somme lebte der Artilleriekampf am Abend auf.

Leutnant Rumez errang seinen 41. Luftsieg.

Bei den anderen Heeresgruppen keine besonderen Kampfhandlungen. Lebhafteste Erkundungstätigkeit in der Champagne.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 24. September. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Südfront Artillerie- und Patrouillenkämpfe.

Auf der Hochfläche zwischen Canova und dem Monte di Val Bella setzten unsere Gegner gestern zu neuerlichen Angriffen an.

Am Monte Sisonal, gegen den der Feind sein unterfügendes Artilleriefeuer zur größten Heftigkeit steigerte, glückte es französischen und italienischen Sturmabteilungen, in unsere Linien einzudringen. Ein Gegenstoß trieb den Feind in seine Gräben zurück.

Annäherungsversuche gegen unsere Stellungen nördlich des Monte Tomba wurden abgewiesen.

An der Westfront und in Albanien keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

weigerte, so weist wieder Erzberger treffend darauf hin, daß Belgien Deutschland den Durchmarsch verweigern mußte, wenn es nicht neutralitätsbrüchig werden wollte. Erzberger meint, jeder Wahrheitsfreund müsse zugeben, daß der Fall Belgien völlig klar sei. Wir wollen keinen persönlich zugewippten Schluß aus dem Gegenstand ziehen, müssen aber doch feststellen: Hauptes Hertling nicht wie Erzberger reden zu dürfen, so war es ein dringendes Gebot der politischen Klugheit, wenigstens zu schweigen.

Was die Ausführungen des Reichskanzlers zur inneren Politik, besonders zur Frage der Landtagsauflösung betrifft, so ist die Merkwürdigkeit festzustellen, daß sie trotz ihres gegen die Rechte gerichteten Inhalts doch bei dieser, und nur bei dieser Beifall fanden. Man scheint drüben sehr fest in dem Glauben zu sein, daß dies alles nicht so schlimm gemeint sei.

Nach militärischen Ausführungen des Generals v. Wrisberg und des Kapitäns z. S. v. Brünninghaus und einer ziemlich inhaltlosen Rede des Staatssekretärs v. Dintze sprach als fünfter Regierungsvertreter Herr v. Bayer, dem es gelang, das eingeschlafene Interesse wieder etwas zu beleben. Was aber Herr v. Bayer über den Dreister Frieden ausführte, steht in starkem Gegensatz zu den sozialdemokratischen Anschauungen, wie sie jetzt wieder in dem Beschluß unserer Parteikörperlichkeiten niedergelegt sind. Dort ist gesagt, daß der Vertrag von Vrest kein Friedenshindernis bilden dürfe. So wie Herr v. Bayer ihn auffaßt, ist er aber ein Friedenshindernis, da die Gegner, solange sie nicht geschlagen sind, den Dreister Vertrag nicht anerkennen werden. Eine Wendung in Bayers Rede läßt darauf schließen, daß auch er am Ende bereit wäre, mit sich reden zu lassen, und daß er es nur für diplomatisch hält, den Dreister Vertrag vorläufig als Trumpf in den Karten zu behalten. Wir halten diese Taktik für verhängnisvoll falsch und meinen, daß nur eine Politik der freien Preise dem Charakter eines wirklichen Verteidigungskrieges entspricht. Die Gegner sollen genau

wissen, was wir wirklich bis zum letzten Blutstropfen halten wollen, dazu gehört aber der Dreister Frieden nicht und kann er nicht gehören, da es dem deutschen Volk gar nicht einfällt, sich für die östlichen Kartenhäuser ewig zu schlagen.

Die Debatte geht heute mit den Reden der Parteimitglieder weiter. Von sozialdemokratischer Seite sind die Genossen Scheidemann und David als Sprecher vorgezogen. Man kann, ohne ihnen vorzugreifen, sagen, daß sich durch die gestrigen Reden die Kluft zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung nur noch verbreitert hat. Aber auch die Unruhe, die in den bürgerlichen Parteien herrscht, ist durch sie nicht vermindert worden. Die Frage des Tages bleibt also offen, und die Beratungen der sozialdemokratischen Körperschaften über die Stellung der Partei zu einer etwa neu zu bildenden Regierung kamen nicht zu fröh.

Die Entscheidung wird vielleicht nicht so rasch fallen, wie man es vielfach erwartet. Auf alle Fälle bleibt die Stellung der Partei klar. Können sich die bürgerlichen Parteien nicht dazu entschließen, ihre Ratsschläge anzunehmen, so wird es ihre Sache sein, eine Lösung der großen, schwer zu überschätzenden Schwierigkeiten zu finden.

Wiel bemerkt wurde das Fernbleiben des Kriegsministers, der von General v. Wrisberg vertreten wurde, von der Sitzung, über deren Verlauf in der Beilage dieses Blattes berichtet wird.

Das Echo der sozialdemokratischen Bedingungen.

Die im „Vorwärts“ veröffentlichten Bedingungen, unter denen die sozialdemokratische Partei bereit ist, sich an einer neu zu bildenden Regierung zu beteiligen, haben in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregt. Der Eifer und die Erregung, worin die gesamte Presse unsere Forderungen bespricht, beweisen, für wie wichtig auch unsere Gegner die Stellungnahme der Sozialdemokratie in der jetzigen Situation ansehen. Selbst hinter den — erwarteten — Mut- und Lobsuchtsausbrüchen der am weitesten rechtsstehenden Presse steht die Anerkennung der realen Macht, die die Partei bedeutet, die Furcht vor ihrem wachsenden Einfluß und ihrer sicheren Zukunft. Wohl geteert man über die „Nachlosigkeit“ und „Unersättlichkeit“ unserer Forderungen, aber nirgends mehr findet sich die früher so oft und so gern beliebte Frage, wer denn eigentlich die Sozialdemokratie sei, daß sie sich das Recht zu einer solchen Haltung nehme.

Voll einverstanden mit den sozialdemokratischen Bedingungen erklärt sich Theodor Wolff im „Berl. Tagebl.“: Er schreibt:

In der Tat haben die Vertreter der Sozialdemokratie durch Einschränkung ihrer Wünsche ein Zusammenwirken mit den anderen bisherigen Mehrheitsparteien zu erleichtern versucht. Alles, was in dem Programm über den Völkerbund, über die Wiederherstellung Belgiens, über die Autonomie des Elsaß-Lothringens, über die Wahrung unbedingter Verantwortlichkeiten, über die Veröffentlichungen der Krone und über die Justiz steht, unterschreiben wir für unser Teil Punkt für Punkt. Die meisten dieser Forderungen sind hundertmal in den Reichstagsdebatten auch von bürgerlichen Rednern schon worden und zu irgendwelchem Ergebnis gebracht, bei dieser Bedingungsliste, wirklich kein Grund. Was also könnte an diesem sozialdemokratischen Wunschzettel Neues, die sich Volkvertreter nennen, erschrecken, und was will man eigentlich? Aber das Zentrum hat heute früh, mit sehr großer Majorität, die sozialdemokratischen Bedingungen als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt. Damit hat es den Plan einer Regierung, in der alle Mehrheitsparteien, auch die Sozialdemokratie, vertreten wären, zum Scheitern gebracht. Das Zentrum hat seinen Reichskanzler, seinen Grafen Hertling geschickt. Dem Zentrum wenigstens ist Graf Hertling der unentbehrliche Mann.

Sehr viel zurückhaltender beurteilt schon die auf dem rechten Flügel der fortschrittlichen Volkspartei stehende „Voss-Zeitung“ unsere Bedingungen. Sie bezieht sich auf Scheidemann's Worte, wonach die Partei an der Organisierung der nationalen Verteidigung mitzuarbeiten entschlossen ist, solange der Frieden unmöglich sei:

Danach darf nicht angenommen werden, daß die erwänten Bedingungen nur dazu aufgestellt worden sind, um abgelehnt zu werden und so den Sozialdemokraten die Teilnahme an der Verantwortung zu erzipren. Andererseits aber läßt sich nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie sich durch ihre Bedingungen den Eintritt in die Regierung selbst sehr erschwert und wohl auch erschweren will. Festzustellen ist zunächst, daß sie an einer Regierung Hertling keinesfalls teilnehmen will, daß also der Weg zu ihrer positiven Mitarbeit in einem Kanzlerwechsel führen muß.

Die nationalliberale „National-Zeitung“ kann sich im Grunde nur mit einem Punkt unserer Forderungen einverstanden erklären:

Das die meisten Bedingungen dieser Partei bei den National-Liberalen keinen Anstoß finden können, bedarf wohl kaum eines näheren Hinweises. Dagegen sind die National-Liberalen keineswegs abgeneigt, dem Gedanken an eine Aufhebung des § 9 der Verfassung näherzutreten, wobei daran erinnert werden muß, daß von der genannten Partei die Beseitigung dieser Verfassungsbestimmung auch bereits vor längerer Zeit erwogen worden ist. Immerhin wäre dadurch ein wichtiges Hindernis zur Parlamentarisierung aus dem Wege geräumt. Aber sonst werden die Parteien durch allzu große Meinungsverschiedenheiten von einander getrennt.

Weiter nach rechts hin verschärft sich die Tonart des „Unannehmbar“ immer mehr, um bei den beliebten Vorwürfen des Parteigoismus, der Zugrundrichtung Deutschlands usw. zu enden. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben vom „Gipfel der politischen Maßlosigkeit“ von „verhängnisvoller Katastrophopolitik“ und prophezeien bei Annahme der Bedingungen: „Unser Untergang wäre besiegelt“. — Die „Kreuzzeitung“ hält es für unabweislich, daß die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt werden:

Wir nehmen auch nicht an, daß die Sozialdemokratie etwas anderes erwartet hat. Wir haben schon gestern betont, daß der Partei ihre jetzige Lage weit bequemer ist. Ihre Bedingungen sind deshalb auch mehr taktisch und vor allem agitatorisch zu werten. Sie stehen auf einer Stufe mit der „Deutscher“ in der Ernährungsfrage und dem Kurfürst in Sachen der preussischen Wahlrechtsreform. Es ist aber für diese Partei schon bezeichnend, daß sie in der jetzigen Lage des Vaterlandes ihre Parteivorteile nicht in wenig mehr zurückstellen vermag. In Wirklichkeit sind es natürlich die Konservativen, die hier wie in der Wahlrechtsfrage sich weigern, ihre Vorrechte zugunsten des Vaterlandes aufzugeben.

Als besonders charakteristisch für die Stimmung in feudalen Kreisen verdient der Kommentar der „Deutschen Tageszeitung“ angeführt zu werden:

Die inneren Forderungen bedeuten, in Kores Deutsch übersetzt, daß die bündestaatliche Verfassung des Reiches zerstört, der Kaiser und die Oberführer der sozialdemokratisch bestimmten Regierung unterstellt, jede Agitation, die unser Volk zu kraftvollem Durchhalten mahnt und seinen Willen aufzurichten sucht, unterbunden, dagegen für alle landesverräterischen Treibereien die Bahn freigemacht werden soll. Um diesen Preis also will die Sozialdemokratie die Güte haben, die nationale Verteidigung zu organisieren. Daß der Kaiser zu einem Kanakisten gemacht würde, der auf Verlangen der Regierung bestimmte Unterschriften zu leisten hätte, daß Hindenburg und Ludendorff unter einer Regierungsaufsicht gestellt und alle, die noch von einem deutschen Frieden zu reden wagen sollten, niedergestreckelt würden — das wären wohl die nächsten Etappen auf diesem Wege zur sozialdemokratischen Alleinherrschaft. Jedenfalls lohnt man der Sozialdemokratie für die Offenherzigkeit ihres Programms dankbar sein.

Diese Ausführungen lassen erkennen, wie unfassbar gewissen Kreisen der Begriff einer Zivilregierung ist. Sie werden in gar nicht ferner Zeit noch ganz anderes begreifen müssen, wenn sie jetzt nicht begreifen wollen.

Der schwere Weg der österreichischen Friedensnote.

Vien, 23. September. Die österreichisch-ungarische Note an den Vatikan ist laut „Italia“ immer noch nicht eingetroffen.

Amsterdam, 24. September. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt aus Le Havre, daß die belgische Regierung die österreichische Note noch nicht erhalten habe.

Der Eindruck in Spanien.

Wien, 23. September. Das Wiener Korrespondenz-Bureau meldet aus Madrid vom 21. September: Die Friedensinitiative Oesterreich-Ungarns erregte im Publikum und in der Presse ungeheures Aufsehen und bildete in allen Kreisen das Tagesgespräch. Während der größte Teil der Presse die Friedensnote mit ungeteiltem Beifall aufnahm, erblickten einige ententefreundliche Blätter darin Anzeichen von Schwäche. Das Blatt „Debate“, welches die Note sowohl dem Inhalt als der Form nach unübertrefflich findet, schreibt: „Es steht außer Zweifel, daß die Fortsetzung der Feindseligkeiten die schon schwierigste innere Lage Spaniens verschärfen und daß das ständig um sich greifende Elend zu ersten Ursachen führen wird.“ Das Blatt behauptet, wenn es trotz alledem spanische Zeitungen gibt, welche den gut gemeinten Friedensvorschlag der Centralmächte verdammten und dadurch den Interessen des Vaterlandes entgegenarbeiten. „Liberal“ bezeichnet die Friedensnote als Dokument von ungeheurer Tragweite. Das Blatt verweist auf die ungeheure Verantwortung, welche die Entente durch die neuerliche Zurückweisung der dargebotenen Friedensvorschläge der Menschheit gegenüber auf sich laden würde.

Das Organ der Sozialisten „El Socialista“ schließt sich dieser Anschauung an und sagt: Wenn die Note des Grafen Burian für den Augenblick keinen größeren Erfolg haben sollte, so werden dem Kriege dadurch doch neue Richtlinien gewiesen. „Diario Universal“ enthält sich einer ausführlichen Besprechung, glaubt aber, daß die Aussichten der Friedensinitiative zum Scheitern verurteilt seien. Nach Meinung des Blattes müßte der von der ganzen Welt gewünschte Frieden aus dem anderen Lager kommen und anderen Vorbedingungen entsprechen.

Keine Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien.

Vien, 24. September. Stefani dementiert die Nachricht einer deutschen Zeitung, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien offiziell über eine territoriale Verständigung unter Vermittlung eines Schweizer Diplomaten verhandelt werde.

Gegen die Verhaftungen von Deutschen und deutschen Schutzgenossen in Rußland.

Wolfs Bureau teilt mit: Wie wir erfahren, hat der Generalkonsul in Moskau bei der Räteregierung dagegen Protest erhoben, daß eine große Anzahl von Reichsangehörigen und Schutzgenossen von den russischen Behörden verhaftet worden sind, ohne daß ein erkennbarer Grund zu dieser Verhaftung Anlaß gegeben hätte, und daß trotz mehrfacher und dringender Anfragen über den Grund dieser Verhaftungen und über das Schicksal der Betroffenen seitens der ausländischen Behörden nur in den allerletzten Fällen eine Antwort erteilt worden sei. Besonders ist in dem Protest hervorgehoben, daß zwei dem Schutze des General-

Konsulats unterstehende Polen ohne vorherige Mitteilung erschossen worden sind, obwohl das Generalkonsulat sich gerade nach dem Schicksal dieser beiden Verhafteten erkundigt hatte. Der Generalkonsul hat in dem Protest in energischer Weise darauf gedrungen, daß Personen, gegen die keine ausreichenden Verdachtsgründe vorliegen, sofort freigelassen werden, und daß alle in Betracht kommenden Behörden auch in der Provinz nicht mißtrauische Beurteilungen über ihre Pflichten bei der Verhaftung und Aburteilung von Personen, die dem deutschen Schutze unterstehen, erhalten.

Auch die ukrainische Regierung hat wegen der Verhaftung einer Anzahl ihrer Staatsangehörigen bei der Sowjetregierung Protest erhoben.

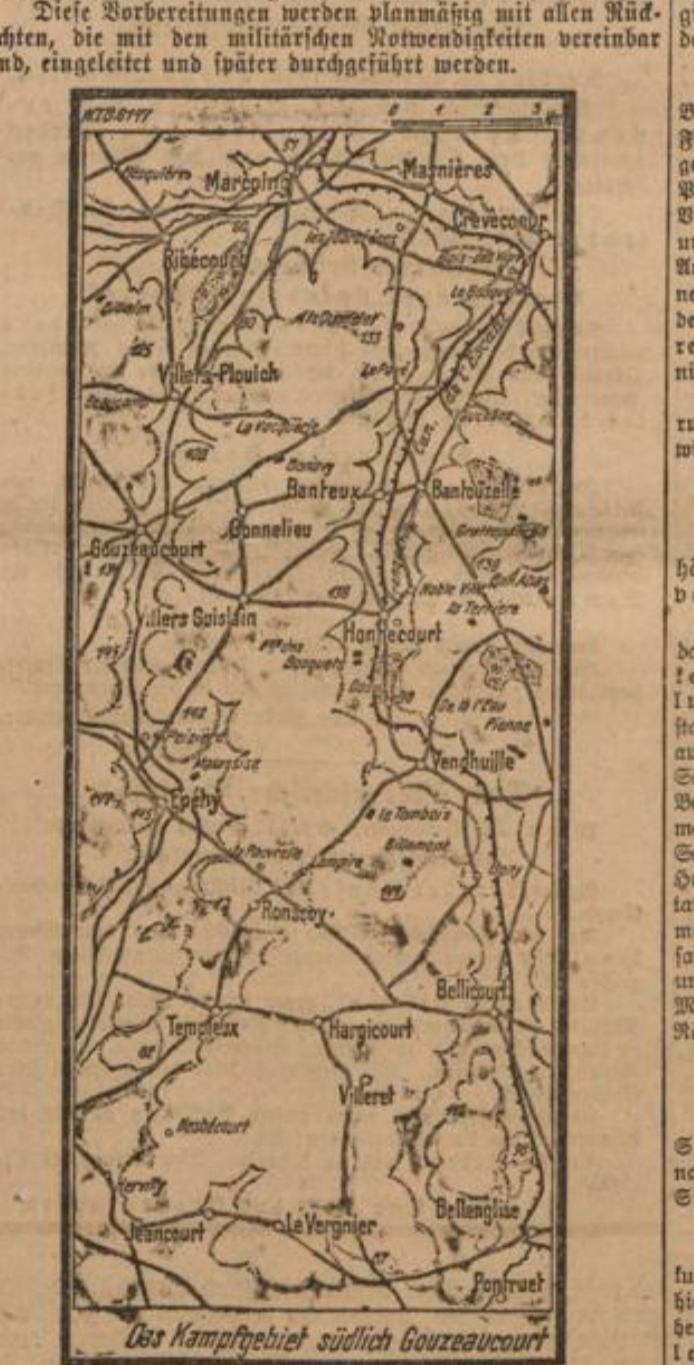
Russisch-englischer Geiselaustausch.

London, 22. September. Wie Reuters erfährt, hat die britische Regierung von Tschitscherin eine Mitteilung über die Abreise der britischen Untertanen erhalten. Die Abmachungen über die gegenseitige Geiselaustausch der britischen und russischen Untertanen sind jetzt im Gange. Ueber die Lage der britischen Untertanen in Petersburg und Moskau liegt keine Nachricht vor, es besteht aber gute Hoffnung, daß alle wohlbehalten herausgekommen sind.

Das Märchen von der Räumung Elsaß-Lothringens. Vorbereitungen.

Unter dieser Ueberschrift gibt Wolfs Bureau amtlich bekannt:

In der Heimat laufen in den letzten Tagen Gerüchte um, die sich mit der Räumung von Teilen von Elsaß-Lothringen beschäftigen. Hierzu wird mitgeteilt, daß lediglich die vor einigen Tagen erfolgte und amtlich bekanntgegebene Fernbeschießung von Weis und anderen Stellen Veranlassung gegeben hat, zum Schutze des Lebens und der beweglichen Habe der Einwohner Vorbereitungen zu treffen, um solche Orte beschleunigt räumen zu können, die innerhalb des Feuerbereichs der weittragenden feindlichen Geschütze liegen. Diese Vorbereitungen werden planmäßig mit allen Rücksichten, die mit den militärischen Notwendigkeiten vereinbar sind, eingeleitet und später durchgeführt werden.



Englischer Seeberichts vom 23. September. Von unseren Truppen wurden gestern und während der Nacht erfolgreiche kleinere Operationen an verschiedenen Punkten ausgeführt. Am Nachmittag kamen englische Truppen an besetzte deutsche Punkte in der Nachbarschaft der Straße Koussou-Bony und machten 80 Gefangene. Am späten Nachmittag wurde ein feindlicher Gegenangriff aus der Richtung der Gouillemon-Ferme durch unser Gewehr- und Maschinengewehrfeuer mit schweren Verlusten zurückgewiesen. Am Laufe des Nachmittags, nach mehrstündigem schwerem Kampfe machten englische Truppen Fortschritte in der Richtung der Tom-Boi-Ferme und nahmen weiter östlich eine Gruppe stark besetzter Laufgräben und harter Punkte an der Saour (?), nordwestlich von Bendhuille und machten eine Anzahl Gefangene. Am Laufe der Nacht wurden von uns auch in einem erfolgreichen örtlichen Angriff südlich von Villers Guislain über 100 Gefangene gemacht. Ostlich Gabelle machten die englischen Truppen an einer Front von ungefähr 4 Meilen Fortschritte. Südöstlich von Gabelle machten wir 60 Gefangene. Gestern am frühen Abend griff der Feind Verschaucourt (?) unter der Deckung eines schweren Artilleriefeuers an und drang an einigen Punkten in unsere Linien ein. Ein sofortiger Gegenangriff unserer Truppen stellte die Lage vollständig wieder her.

Englischer Seeberichts vom 23. September abends. Durch eine erfolgreiche örtliche Unternehmung, die heute früh nordöstlich von Epehy ausgeführt wurde, nahmen wir einen starken deutschen Punkt, welcher dem Feinde während der Kämpfe der letzten drei Tage erbittert verteidigt worden war. Nordlich von dieser Ortschaft gelang es dem Feinde heute früh bei einem Gegenangriff, an einem Punkte in unsere Stellungen einzudringen, wo sich eine feindliche Abteilung noch hält. An allen übrigen Stellen wurde der Angriff abgewiesen. Französischer Bericht vom 23. September nachmittags. In der Gegend von St. Quentin setzten die

französischen Truppen ihren Vormarsch gestern gegen Ende des Tages und in der Nacht fort. Die Franzosen drangen in das Gebiet nördlich von La Fontaine, nahmen Fort und Dorf Van-deuil und stießen an dieser Stelle bis zur Oise vor. Französische Erkundungsabteilungen machten nördlich der Aisne und in der Champagne an der Butte de Vesnil Gefangene. Nordlich der Vesle und in den Bocagen wichen die Franzosen einen deutschen Handstreich ab.

Entente und Gegenrevolution. Die Bedeutung des Kongresses in Ufa.

„Istwestija“ und „Pravda“ beschäftigen sich mit den Strömungen unter den russischen Gegenrevolutionären und der Stellung der Entente zu diesen Strömungen. Nach der Meinung der „Istwestija“ unterstützt die Entente nur den äußersten rechten Flügel der Gegenrevolutionäre. Die Engländer und Franzosen beabsichtigen durchaus nicht, die Konstituante als gesetzliche Volksvertretung anzuerkennen. Der Entente liegt allein daran, eine starke militärische Macht zu schaffen, die ihre Wünsche gehorsam ausführen und eine Strafe, wenn auch reaktionäre innere Politik durchführen würde. Die Entente erstrebt die Militärdiktatur in Rußland und dieses Bestreben wird von den rechten Elementen der Gegenrevolution, darunter auch von der sibirischen Regierung, unterstützt.

Diese äußerst rechten Elemente, die von den Kreisen des Handels und der Industrie und ebenso von den Gutbesitzern in den Vordergrund geschoben werden, haben sich in dem in Ufa stattfindenden Kongreß des Handels und der Industrie verkörpert. „Pravda“ weist darauf hin, daß der Sieg der äußersten rechten Elemente der Gegenrevolution nicht ein zufälliger durch Einmischung der Entente hervorgerufener Umstand ist, sondern durch die natürliche Entwicklung der Ereignisse bedingt worden ist. Dieser Sieg wird durch die Tatsache bestätigt, daß sich der Kongreß des Handels und der Industrie in Ufa trotz eines Verbots der Konstituante und mit der Erlaubnis der Militärbehörden versammelt hat.

Es verbreiten sich auch Gerüchte, daß die sibirische Regierung einen Umsturz und die Verhaftung der Mitglieder der Konstituante plant.

Die „Golos Trudowogo Krestjanstwa“ (Stimme der arbeitenden Bauernschaft) schreibt: Das „edle“ England und das „schöne“ Frankreich bringen, indem sie sich den Anschein von Wohlwollern geben, dem russischen Volk die „Rettung“. Das revolutionäre Proletariat weiß, was die Verbündeten nach Rußland lockt. Die Verbündeten trauern nicht um das russische Volk und die russische Revolution, sondern um die 20 Milliarden äußerer Anleihen, welche die Räte-Republik annulliert hat. Sie wollen eine neue Diktatur schaffen. Der Imperialismus der Alliierten will aus dem russischen Proletariat Geld und Blut ausaugen, aber das revolutionäre Proletariat versteht diese verderblichen Pläne. Es wird nicht in die Falle gehen.

Indem es den imperialistischen Krieg verneint, begrüßt das russische Proletariat den revolutionären Krieg; das russische Volk will die Gegenrevolution besiegen und wird sie besiegen!

Archangelsk im Belagerungszustand.

Moskau, 23. September. (PZA) Die Engländer verhängten über die Stadt Archangelsk den Kriegszustand und verhafteten alle Sozialisten.

Petersburg, 22. September. Eingelaufene Berichte besagen, daß in der sogenannten Archangelskischen Nordregierung Zwistigkeiten zwischen den Vertretern der rechten Sozialrevolutionäre und dem englischen Kommando entstanden sind. Letzterer nützte anfänglich die Sozialrevolutionäre aus, um die mittleren und niederen Volksschichten zu hintergehen. Sobald mit Hilfe dieser Verräter das Ziel der Irreführung der Bevölkerung erreicht war, wurde seitens der englischen Kommandos die völlige Mißachtung gegenüber den Vertretern der Sozialrevolutionäre bemerkbar, welche im Anfang der englischen Herrschaft in Archangelsk sich unter dem Schutz der englischen Diktatur gestellt hatten. So wurde am letzten Sonntag eine allgemeine Versammlung der Mitglieder der Archangelskischen Organisation der rechten Sozialrevolutionäre vom Stadtkommandanten unterjocht, die Räumlichkeiten des Parteibureaus wurden durch eine Militärabteilung besetzt, welche nach Entfernung der Schlüssel die Räume versiegelte.

Wahlen in Samara.

Moskau, 23. September. (PZA) Bei den Wahlen in die Samaraer Stadt-Duma wurden 50 Sozialisten, 10 Internationalisten, 17 Kadetten und 12 Hausbesitzer gewählt. Zum Stadthaupt in Samara wurde ein Rechtssozialrevolutionär gewählt.

Moskau, 23. September. (PZA) „Ulro Sibiri“ in Tscheljabinsk meldet aus Samara: Vor kurzem ist der Samaraer Sowjet der Deputierten hier eröffnet worden. Schon in der ersten Sitzung stellte sich heraus, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder parteilos waren. Unter dem Schutznamen „parteilos“ verbergen sich die Bolschewiki.

Ein Kronprinz in strengem Arrest.

Rumänische Heiratsfragen im Weltkrieg.

Aus Jassi wird amtlich gemeldet: Seine königliche Hoheit der Kronprinz Carol wurde von Seiner Majestät dem König als Ober-Befehlshaber der Armee wegen Vergebens gegen die militärischen Vorschriften mit 75 Tagen strengen Arrest bestraft. Der Strafvollzug hat bereits gestern begonnen. Die mit diesem Vergehen in Verbindung stehenden Handlungen werden zunächst auf ihre Gültigkeit geprüft, um die Folgen beurteilen zu können. Dann werden die Maßnahmen ergriffen werden, wie es die Interessen des Landes und der Dynastie erfordern.

Der rumänische Kronprinz hat sich unlängst in Odessa mit Zizi Gaidarino, der Tochter eines rumänischen Majors, heimlich verlobt. Dafür wird er eingesperrt. Der Papa hat zwar streng ebendürftig gezeigelt, jedoch dem Land vielleicht doch schlimmeren Schaden gebracht. Ihm geschieht nichts. Aber seinen Sohn läßt er einperren, weil er die überlebten Gehege der Ebenbürtigkeit gebrochen und als Mensch, nicht als Prinz gehandelt hat. Königlich rumänische Sorgen im fünften Jahre des Weltkriegs!

Jetzt soll der Kronprinz von der Thronfolge ausgeschlossen und zum Thronerben sein jüngerer Bruder eingesetzt werden. Dieser ist zwar bedauert, doch kann er in ebendürftigem Zeit erblisch belästete Kinder zeugen, die des rumänischen Hohenzollernthrones würdig sind. Für die monarchische Idee, die jetzt in Rußland „moralische“ Eroberungen gemacht haben soll, ist dieser Fall kein Gewinn.

Regierungsreden im Hauptauschuß.

Berlin, 24. September.

Hr. Ebert eröffnete die Sitzung und legte klar, weshalb sich der Ausschuss der Reichsversammlung früher erforderlich gemacht hat, als wie vorgesehen war. Darauf erteilte er sofort das Wort dem Reichskanzler Graf Hertling:

Der Ausschuss ist zusammengesetzt, um in der ersten Lage, in der wir uns zurzeit befinden, von der Reichsleitung Auskunft über eine Reihe schwerwiegender Fragen zu erhalten und dieselben mit den Regierungsbekleideten zu besprechen. Der Wunsch ist durchaus begründet, und wir werden ihm nach Möglichkeit entgegenkommen. Zunächst möchte ich mir aber gestatten, einige allgemeine Bemerkungen vorzutragen. Die Ihnen bekannt ist, hat sich weiter Kreise der Bevölkerung eine tiefgehende Verstimmung

bemächtigt. Der letzte Grund dafür ist der Druck, welchen der fürchterliche, nun schon mehr als vier Jahre währende Krieg verursacht, alle die Leiden und Entbehrungen, die er zur Folge gehabt hat, die Opfer, die er allen Ständen, allen Familien und mehr oder minder jedem einzelnen auferlegt. Ich denke nicht daran, diesen Druck durch Worte verringern zu wollen, aber meine Herren, wenn die Mithimmung durch unsere gegenwärtige militärische Lage, durch die Ereignisse an der Westfront beeinflusst ist, so muß ich, ohne den zu erwartenden Mithimmungen des Vertreters des Kriegeministeriums vorzutreten zu wollen, mit allem Nachdruck erklären, daß sie weit über das berechnete Maß hinausgeht. Gewiß, meine Herren, unsere letzte große angelegte Offensive hat uns nicht den erhofften Erfolg gebracht, das muß ohne weiteres zugegeben werden. Die Herrschaft hat sich veranlaßt gesehen, unsere weit vorgeschobenen Linien auf die sogenannte Siegfriedstellung zurückzuführen. Die Lage ist ernst, aber wir haben keinen Grund, flehentlich zu sein. Wir haben schon Schwerees durchgemacht gehabt. Denken Sie an den Sommer 1918, als die Verdun-Offensive scheiterte, an der Somme die beständigen Kämpfe um im Osten die Massenschlachten Brusilows stattfanden, welche die besonnenen ungünstigen Rückwirkungen an der österreichisch-italienischen Front nach sich zogen und nun auch nach Rumänien in den Krieg eintrat. Damals haben wir den Mut nicht verloren, sondern den Feinden, die uns am Ende wählten, gezeigt, was entschlossener Siegeswille vermag. Und wie sieht es heute? Wir haben Frieden mit Rußland und mit Rumänien, und wenn auch die Verhältnisse in dem ehemaligen russischen Reich noch nicht geklärt sind und die Zukunft unsicher erscheint, so ist doch für uns die frühere Bedrohung von zwei Seiten in Fortfall gekommen, und ein beträchtlicher Teil unserer damaligen Ostarmee kann jetzt im Westen verwendet werden. Die österreichisch-ungarische Armee hält weite Strecken italienischen Gebietes besetzt und behauptet dort tapfer ihre Stellungen. In Frankreich aber weisen unsere Truppen die von Franzosen, Engländern und Amerikanern unternommenen und durch moderne Kampfmittel aller Art unterstützten Vorstöße zurück. Der alte Geist ist in ihnen lebendig, das haben die Ereignisse der letztergangenen Tage deutlich erkennen lassen. Die hartnäckigen Durchbruchversuche des Feindes werden scheitern, das Vaterland treue Söhne wehren ihn todesmüdig das Eindringen.

Und da sollten wir verzagt werden, sollten wir verzagen, was früher geschehen ist? Sollten wir da den Männern, die in den vergangenen Jahren uns von Sieg zu Sieg geführt haben, nicht mehr das alte rückhaltlose Vertrauen entgegenbringen, weil einer der Wechselfälle eingetreten ist, wie sie die Kriege jederzeit mit sich bringen? Nein, meine Herren, das wäre unmännlicher Kleinmut und schänderlicher Unbond. Unsere Feldherren, Hindenburg und Ludendorff, werden sich wie jeder früher, so auch der gegenwärtigen Lage gewachsen zeigen, und der vorzellige Siegesjubel der Feinde wird bald wieder abklagen. Aber Heer und Heimat gehören zusammen. Ich habe auch bei früheren Gelegenheiten nicht verjagt, wie dem Volk in Waffen, so dem Volk in der Heimat meine Bewunderung und meine Hochachtung auszusprechen.

Gewiß, die letzte Begeisterung, wie sie die Augusttage 1914 erfüllte, konnte nicht vorhalten, aber die feste Entschlossenheit, auszuhalten bis zum Ende, die wird allen Schwankungen und Erschütterungen zum Trost fortbestehen. Die Väter und Mütter in der Heimat werden die Söhne, Gatten und Brüder draußen im Felde nicht im Stich lassen, getade jetzt, wo es aufs Ganze geht.

Wir haben den Krieg vom ersten Tage an als einen Verteidigungskrieg

geführt. Nur um unserer Verteidigung willen sind wir in Belgien eingedrungen. Ich betone das um so energischer, angesichts des schändlichen Vorkommnisses, das bis in die letzten Tage hinein mit dem belandten Worte des damaligen Herrn Reichskanzlers getrieben wird. Als wir in Belgien einrückten, haben wir das geschriebene Recht verletzt, aber es gibt, wie für den Einzelnen, so auch für die Staaten ein anderes Recht, das ist das Recht der Selbstverteidigung und der Notwehr. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß wenn wir nicht rasch handelten, der Feind uns zuvorkommen und bei uns einrücken würde. Nachträglich haben wir dann aus den belandten Archiven erfahren, wie bedenklich es längst vor Ausbruch des Krieges um die belgische Neutralität bestellt war. Und hatten wir nicht vor dem notgedrungenen Einmarsch Belgien die Friedenshand geboten und uns bei Aussage der Neutralität anbeidigt gemacht, für die durch unsere militärischen Maßnahmen entstandenen Schäden aufzukommen? Wir haben das gleiche Angebot zum zweiten Male nach der Einnahme von Lüttich gemacht, aber die belgische Regierung wollte nichts davon wissen und schloß sich dem Bunde unserer Feinde an. Um unsere Verteidigung allein hat es sich bei allen den weiteren Kämpfen gehandelt. Wir mußten uns im Osten der gewaltigen russischen Heeresmassen erwehren, die verwüstend in Ostpreußen eingedrungen waren, und sie in harten Kämpfen in ihre Grenzen zurückweisen, um sie dann Schulter an Schulter mit unseren treuen Verbündeten an weiteren Vordringen zu hindern, ebenso kämpften wir im Süden an der Seite der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen das treulose Italien. Und in Frankreich, das nunmehr der hauptsächlichste Kriegsschauplatz geworden ist, haben wir nie ein Schritt zurück gemacht.

daß uns jeder Gedanke an Eroberung fern liegt.

Wie aber stehen die Dinge auf der Gegenseite? Freilich, wenn man den Auslassungen der Feinde, amtlichen und außeramtlichen, Glauben schenken wollte, soänge ihr Wille nur dahin, das in freibestimmtem Uebermut die Weltbegierne anstrebende Deutschland zurückzuweisen, für Freiheit und Gerechtigkeit gegen deutschen Imperialismus und preussischen Militarismus zu kämpfen. Wir wissen es besser. Vorbereitet wurde der Weltkrieg schon vor Jahren durch die bekannte Einkreisungspolitik König Eduards. In Frankreich entstand eine ausgebreitete Kriegsliteratur, die in militärischen Fachblättern wie in Einzelvorstellungen auf den bevorstehenden Krieg mit Deutschland hinwies. Der Einfluß Österreich-Ungarns auf den Balkan sollte ausgeschaltet werden, so verlangte es das russische Expansionsstreben und die panslawistische Idee. Und nicht die preussische Militärpartei hat die Fackel an den Rindstöß gelegt, sondern während der Deutsche Kaiser bis zum letzten Augenblick bemüht war, den Frieden

aufrecht zu erhalten, hat die russische Militärpartei gegen den Willen des schwachen Zaren die Mobilmachung durchgeführt und damit den Krieg unvermeidbar gemacht. Das haben die Akten des Eudonkongresses jedem, der sehen will, deutlich gezeigt. Wir können dem Urteil der Nachwelt ruhig entgegensehen. Für die Gegenwart freilich haben die feindlichen Machthaber es verstanden, durch einen unerhörten Feldzug der Lüge und Verleumdung die Wahrheit zu verdunkeln. Was durch das gesprochene oder geschriebene Wort nicht erreicht wurde, mußte durch bildliche Darstellungen erreicht werden. Erzeugnisse einer geradezu teuflischen Phantasie, von der man sich mit Entsetzen und Ekel abwendet. Aber der Zweck ist erreicht worden. In der feindlichen Bevölkerung ist ein Haß gegen die Mittelmächte, insbesondere gegen Deutschland, entfacht, der alle Besonnenheit aufhebt, jedes gerechte Urteil erstickt. Sie haben alle die jüngste Rede Clemenceaus

gelesen, die an fanatischem Haß und Rohheit der Besinnung alles bisher Geleistete zu überreifen schien, aber in Amerika hat sie, wie die zu uns herüberdringenden Rundgebungen beweisen, ein bestimmtes Echo gefunden. In den Vereinigten Staaten ist zurzeit der wilde Kriegstaukel im Gange. Man berauscht sich an dem Gedanken, daß Amerika den geknechteten Völkern Mitteleuropas die Segnungen moderner, freibestimmter Kultur bringen müsse und erstreut sich zugleich der vielen Millionen, welche die Kriegsküsten in die Taschen der Geschäftsleute fließen lassen. Theorie und Praxis sind eben verschiedene Dinge, und auch das alte Wort von dem Spittler im fremden und dem Vollen im eigenen Auge bewährt sich immer wieder in den Nachschafften der Entente. Sie finden kein Ende in der Beurteilung unserer Einmärsche in Belgien; aber die Vergewaltigung Griechenlands aber, die Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes, die erzwungene Abdankung des Königs, gehen sie als an etwas Selbstverständlichem ruhig vorüber. Sie behaupten, für den Schutz der unterdrückten Nationen einzutreten, die Jahrhunderte alten Leiden und berechtigten Beschwerden Irlands oder sinden nirgendwo Gehör, auch nicht in Nordamerika, wo man doch durch die zahlreichen irischen Auswanderer darüber unterrichtet ist. Und die englische Regierung, die mit besonderer Vorliebe die Worte von Recht und Gerechtigkeit im Munde führt, hat es ganz neuerlich damit verfahren gefunden, das zusammengelaufene Gefindel der Tschecho-Slowaken als kriegsführende Macht anzuerkennen.

Und wie wird sich demgegenüber das deutsche Volk verhalten? Wird es etwa angstvoll um Gnade flehen? Nein, meine Herren, es wird eingebend seiner großen Vergangenheit und seiner noch größeren Mission in der Zukunft aufrecht stehen bleiben und nicht zu Kreuze kriechen. Die Lage ist ernst, aber zu tiefer Mithimmung gibt sie keinen Anlaß. Der eherner Wall an der Westfront wird nicht durchbrochen werden, und der Unterseeboottkrieg erfüllt langsam aber sicher seine Aufgabe, den Frachtschiffen zu verhängen und dadurch vor allem den Nachschub an Mannschaften und Material aus den Vereinigten Staaten wirksam zu bedrohen und mehr und mehr einzuschränken. Die Stunde wird kommen, wenn sie kommen muß, wo auch die Feinde zur Vernunft kommen und sich bereit finden werden, dem Kriege ein Ende zu machen, ehe die halbe Welt zu einer Trümmerstätte geworden ist und die Blüte der Menschheit tot am Boden liegt.

Inzwischen gibt es, selbsttätig und zudersichtlich, einseitlich und fest geschlossen zusammenzustehen. Für uns alle kann es ja nur ein Ziel, ein Interesse geben, den Schutz des Vaterlandes, seiner Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit. Hier ist kein Zwiespalt zwischen Regierung und Bevölkerung. Die Regierung will nur mit dem Volke und für das Volk arbeiten, und sie darf erwarten, daß dieses dabei hinter ihr steht. Gewiß gibt es auch bei uns Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiet, und die Zeit nach dem Kriege wird uns auch im Innern vor neue Probleme stellen. Ich will davon jetzt nicht reden, aber da ich weiß, daß die vorbandene Mithimmung nicht allein durch die zuvor angegebene Leiden und Kummernisse der Kriegszeit, sondern auch durch ganz bestimmte Sorgen und Beschwerden politischer Art beeinflusst ist, will ich hierüber ein kurzes Wort sagen. Ich bin von dem Tage an, da ich die schwere Bürde des Kanzleramtes übernommen habe, bestrebt gewesen,

die von mir gegebenen Zusagen zu erfüllen,

und ich werde mich durch nichts beirren lassen, das, was nach dieser Richtung noch aussteht, energisch durchzuführen. Natürlich denke ich hierbei an die große Reformvorlage, die zwar nicht vor das Forum des Reichstags geht, aber weit über die preussischen Grenzen hinaus die politische Kreise in Deutschland beschäftigt. Ich kann hier nur auf die Erklärungen verweisen, die ich wiederholt, zuletzt im Preussischen Herrenhaus, abgegeben habe. Die Staatsregierung ist fest entschlossen, die Vorlage zur Annahme zu bringen und wird dabei vor keinem ihr verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mittel zurücktreten. Dabei aber bitte ich Sie, eins zu bedenken: es handelt sich um eine tiefgreifende Veränderung in der historisch erwachsenen Struktur des preussischen Staates. Es wäre eine Unbilligkeit, ja, es wäre nicht gerecht, wenn den Vertretern der alten Ordnung nicht die Möglichkeit gegeben würde, ihren Standpunkt in dem Parlament zu vertreten oder über ihre Argumente mit leichter Handbewegung hinwegzugehen würde. Von Reflexionsversuchen darf natürlich nicht die Rede sein und ist auch nicht die Rede, wie sich die Herren in Wölbe überzeugen werden. Gelingt es jedoch nicht, das gestellte Ziel auf dem Wege parlamentarischer Aussprache zu erreichen, so wird eben der andere Weg beschritten werden, den die Verfassung vorschreibt.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen kurzen Blick in die Zukunft werfen. Die Menschheit ährt bei dem Gedanken, daß dieser schreckliche, kulturvernichtende Krieg nicht der letzte sein, sondern weitere Kriege nach sich ziehen werde, und die Frage beschäftigt immer weitere Kreise, ob es kein Mittel zur Abhilfe gebe, ob es nicht möglich sei,

eine Organisation unter den friedensbehebigen Völkern zu schaffen, welche das Recht an die Stelle der Macht, die friedliche Lösung an die Stelle blutiger Kämpfe setzen würde. Bekanntlich hat der Präsident der Vereinigten Staaten in 14 Punkten die Richtlinien für einen Friedensschluß aufgestellt. Am habe am 24. Januar d. J. in Ihrem Ausschuße die sämtlichen Punkte besprochen und zu dem letzten derselben bemerkt, daß mir der hier angelegte Gedanke eines Völkerbundes durchaus sympathisch sei unter der Voraussetzung, daß eblicher Friedenswille und die Anerkennung des gleichen Rechts aller Bundesstaaten gewährleistet sei. Wie notwendig dieser Vorbehalt war, ergab sich aus der Beurteilung unserer Feinde, welche bei dem Völkerbunde an ein gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichtetes Bündnis dachten. Herr Wilson hat dann in einer Vorkauf vom 11. Februar einen weiteren Schritt in der gleichen Richtung unternommen und in 4 Punkten die Grundzüge aufgestellt, welche seiner Meinung nach bei einem gegenseitigen Verständigungsaustausch Anwendung zu finden hätten. Ich habe in meiner Reichstagsrede vom 25. Februar mich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß ein allgemeiner Friede auf solcher Grund-

lage errichtet werden könne. Herr Wilson hat aber wieder damals noch später hiervon Rottig genommen. Inzwischen scheint sich ja auch der frühere Ideologe und eifrige Friedensfreund in das Haupt der amerikanischen Imperialisten umgewandelt zu haben. Aber der Plan eines gründenden Völkerbundes wird dadurch nicht diskreditiert, er hat in dem schweizerischen Bundespräsidenten und in dem norwegischen Minister Knudsen berechte Fürsprecher gefunden, welche beide insbesondere auf das Interesse der neutralen Staaten an einer solchen Einrichtung hinweisen. Auch ich nehme keinen Anstand, mich heute nochmals zu dieser Frage zu äußern und in aller Kürze auf Ziel und Grundlage eines solchen Verbandes hinzuweisen. Es handelt sich um die Herbeiführung einer allgemeinen, gleichmäßigen und vollständigen Abrüstung,

um die Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, um die Freiheit der Meere, um den Schutz der kleinen Nationen. Was den ersten Punkt betrifft, so habe ich schon am 24. Januar unter Berufung auf früher abgegebene Erklärungen den Gedanken einer Abrüstungsbeschränkung als durchaus diskutabel bezeichnet und dabei hinzugefügt, daß die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Krieg einer befriedigenden Lösung dieser Frage die wirksamste Unterstüßung leisten würde. Was die Frage der Schiedsgerichte betrifft, so hat dieselbe eine lange Vorgeschichte. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, aus dem sehr interessanten Material, das mir vorgelegen hat, ergibt sich, daß in der Vergangenheit wiederholt Deutschland die Anrufung eines Schiedsgerichts in wichtigen Fragen angeregt hat, ebenso aber auch, daß in mehreren Fällen die Ausführung an dem Widerspruch gescheitert ist, der in England oder Amerika dagegen erhoben wurde. Wenn es gelänge, eine internationale Vereinbarung dahin zu treffen, daß ständige Schiedsgerichte zwischen verschiedenen Staaten selbst einem Schiedsgericht vorgelegt werden müßten und dies den Gliedern des Völkerbundes zur Pflicht gemacht würde, so wäre dies ohne Zweifel ein bedeutsamer Schritt zur Erhaltung des allgemeinen Friedens. Die näheren Bestimmungen, insbesondere was die erforderliche Garantie für die Anerkennung der geschlichten Schiedssprüche betrifft, bedürfen einer sorgfältigen und gründlichen Ueberlegung. Ueber die Freiheit der Meere habe ich mich schon früher geäußert, sie bildet eine notwendige Voraussetzung für den uneingeschränkten Verkehr der Staaten und Völker. Dies aber werden, selbstverständlich nicht auf unserer Seite, die größten Schwierigkeiten gemacht werden. Als ich seinerzeit diesen Punkt berührte und auf die Konsequenzen hinwies, welche von einer eblischen Durchführung verlangt werden, also ungebremster Zugang für alle Nationen zu den Vinnarmen, keine Vermeidung Englands in Ostindien und Ostasien wie am Südpol, hat eine englische Zeitung das als Unerschämtheit bezeichnet. Gleich der Schutz der kleinen Nationen. Hier können wir sofort und ohne Vorbehalt feststellen, daß wir hier ein völlig reines Gewissen haben. Rode also der Völkerbund kein bloßer Zukunftsraum sein, möchte sich der Gedanke vertiefen, möchte man sich in allen Ländern eifrig mit den Mitteln seiner Einrichtung beschäftigen. Die erste und wichtigste Voraussetzung wird der ehrliche und energische Wille sein, für Friede und Gerechtigkeit einzutreten.

Hiermit möchte ich meine Bemerkungen schließen. Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen wird sich noch näher über die politische Lage aussprechen und dabei insbesondere

die bekannte österreichische Note

besprechen, sowie die Aufnahme, die sie bisher auf der feindlichen Seite gefunden hat. Mit überstürzter Eile haben die Machthaber in den sog. demokratischen Staaten, ohne ihre Völker zu fragen, eine schroff ablehnende Haltung an den Tag gelegt, sie haben dadurch neuerdings gezeigt, wo Eroberungslust, wo Imperialismus und Militarismus in Wirklichkeit zu suchen sind.

General v. Wisberg:

Ueber die ersten Erfolge unserer Offensive ist dem Hauptauschuß bereits in früherer Sitzung berichtet worden. Nach der Gesamtlage konnten wir damit rechnen, daß auch unsere weiteren Angriffsoperationen beiderseits Reims zum Erfolg führen würden. Die Ueberraschung ist nicht gelungen. Insofern blieb die Offensive bei Reims auf taktische Erfolge beschränkt.

Wie dem Einstellen unserer Offensive trat eine

Veränderung der Gesamtlage

ein. Der Feind hatte nunmehr seine durch Ueberführung des englischen Heimaerces auf den Kriegsschauplatz, durch Einfluß der feindlichen Armee und durch das Eingreifen der amerikanischen Divisionen aufzufüllende Reihen wieder zur freien Verfügung. Wir mußten und auf Abwehr einstellen. Der erste feindliche Angriff richtete sich gegen den Marnebogen. Der Feind errang einen beträchtlichen Anfangserfolg. Mit Hilfe der bereitstehenden Reserven gelang es, die Front sehr bald wieder zu festigen. Die aus strategischen Gründen notwendig werdende Rückberlegung der südlich der Aisne und Weste stehenden Teile auf das Nordufer dieses Abschnitts gelang vollst. Das Kriegsmaterial, die Vorräte und auch ein großer Teil der Ernte konnten geborgen werden.

Der Angriff am 8. zwischen Ancre und Aisne kam unserer Führung nicht unerwartet. Wenn es trotzdem den Engländern gelang, einen großen Erfolg zu erringen, so sind die Gründe hierfür in der Witterungsveränderung der Tanks und in der Ueberraschung unter dem Schutz des Nebels zu suchen. Die zwischen Ancre und Aisne entstandene Einbuchung nötigte uns, die Front bei und südlich Ronchier zurückzunehmen. Der am 10. August hier vordringende Großangriff des Feindes wurde so zu einem Lusthof. Die gegen unsere neue Front bei Aisne einsetzende Offensive des Feindes lief sich hier frontal fest.

Am 18. August begann der feindliche Angriff zwischen Aisne und Aisne, dem wir durch Rückweichen hinter den Kanal und hinter die Ailette begegneten.

Im Norden setzte der Engländer zwischen Scarpe und Somme zu erneutem Angriff an. Wir nahmen den Kampf in einer rickwärtigen vorbereiteten Zone an. Als sich aber auch hier der Mangel gut ausgehaltener Stellungen fühlbar machte, entschloß man sich im allgemeinen,

in die früher aufgebauten Stellungen

zurückzugehen. Der Entschluß zur Aufgabe des Geländes konnte um so leichter gefaßt werden, als es sich durchweg um völlig gerodet und verwüstetes Gelände handelte, dessen Umfang somit den feindlichen Truppen zur Last fällt. In den neuen Stellungen können wir mit vollem Vertrauen weitere Angriffe des Feindes erwarten.

Um ein den feindlichen Angriffen umfassend entgegenzutreten, nur mit schweren Opfern zu haltenden Frontabschnitt zu besetzen und die Front zu verfestigen, wurde der Bogen zwischen Aisne und La Bassée und damit auch der Kemmel gestärkt.

Am 12. September setzte der französisch-amerikanische Angriff gegen den Ribieibogen ein. Die Mithimmung des zur harrnäckigen Verteidigung ungeeigneten Abschnittes war schon in Erwartung eines feindlichen Angriffes einseitig worden. Der größte Teil des Materials war zurückgebracht, als der Angriff ein-

schte. Während es an der Westfront gelang, auf der Côte de Lorraine ungeduldet in die Schenke zurückzukommen, glückte es den Amerikanern an der Südfrent, eine unserer Divisionen einzubringen und auf Thiaucourt vorzustoßen, wo ihm neue Reserven entgegenkamen. Es war dem Feinde gelungen, Gefangene zu machen und Geschütze zu erobern, aber nicht in dem Umfang, wie der Feind ermahlt.

Voll Verwirrung sehen wir weiteren Angriffen des Feindes entgegen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß wir als Verteidiger eine erhebliche Zahl von Gefangenen und Geschütze eingebüßt haben. Wir können aber mit Bestimmtheit rechnen, daß der Feind seine Erfolge nur an den ersten Angriffslagen durch Uebertragung mit geringen Verlusten erreichte, daß er im übrigen die schwersten Verluste erlitten hat.

Auch die amerikanischen Heere dürfen wir nicht schweigen, wie werden auch mit ihnen fertig. Bedeutungsvoller für uns war die Frage der Tanks. Wie sind dagegen ausreichend gerüstet.

Im Osten und an der italienischen Front ist die Lage im allgemeinen unbedenklich.

In Jugoslawien gelang es dem Gegner, die bulgarischen Streitkräfte an einer Stelle nicht unerheblich zurückzudrängen. Die bulgarische Oberste Heeresleitung sah sich trotz der glänzenden Abwehr des englischen Angriffs am Drivan-See gezwungen, ihre Verteidigung wieder zurückzuziehen.

In Palästina wurden am 10. September die türkischen Kräfte aus ihren bisherigen Stellungen geworfen. Wie sich die Lage weiter gestalten wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Die feindlichen Heeresberichte müssen jetzt mit großer Vorsicht gelesen werden. Sie sind bewußt auf die Vermehrung unserer Stimmung zugeschnitten, bringen daher keine Heberhebungen.

Von verschiedenen Seiten ist die militärische Berichterstattung angegriffen worden. Zwei Punkte, einmal die Behandlung der Stärke der feindlichen Reserven und der amerikanischen Heere. Im erdgenannten Punkt ist sie zu weit gegangen. Es wurde nicht genügend zum Ausdruck gebracht, daß der Feind in der Lage war, die abgekämpften Verbände wieder aufzufüllen und sich entsprechend dem Einsatz der amerikanischen Kräfte an anderen Fronten neue Reserven zu bilden.

Trotz der Materialverluste sind wir auf dem besten Wege, unsere Truppen im festen Vertrauen auf ihre Führung. Wir sind gewillt, alles zu tun, um dieses Vertrauen zu unterstücken und die Stimmung zu heben.

Voll Vertrauen stellt die Oberste Heeresleitung und Heeresverwaltung den künftigen Ereignissen entgegen. Der Feind rechnet nicht als je auf unseren internen Zusammenbruch. Reigt die Demoralisierung ein, so gibt sie dadurch unserer Front eine unüberwindliche Stärke. Wie es unseren Gegnern schlecht ging, stellen sie sich geschlossen hinter Regierung, Heeresleitung und Heer. Sollte der Feinde das nicht auch können, zumal es ihm nicht schlecht geht. Wir haben keine Ursache zu verzagen. Ein festes deutsches Wille führt zum ehrenvollen Frieden.

Rußland v. Drüninghaus
bespricht das Moskauer Lage. Unsere Sache liegt gut; der II-Bootskrieg hat seine Wirkung nicht verfehlt. Es ist mehr Schiffsraum verkehrt worden, als durch Neubauten ersetzt werden konnte. Die Verluste an II-Booten werden weit übertrieben. In keiner Zeit des Krieges war die Zahl unserer II-Boote größer als gerade jetzt. England, das schwer geschädigt ist, weiß recht wohl, daß es mit unseren II-Booten niemals fertig wird. Das einzige Mittel, den Angelegenheiten zur Vernunft zu bringen, sind die II-Boote. Deshalb muß der Glaube an den Erfolg im Falle mehr propagiert werden, dabei mitzuhelfen bei Aufgabe der Volkswirtschaft. Im November 1917 fand England vor der Frage, ob es Schiffe machen oder sich den Amerikanern unterwerfen wolle. Es entschied sich für letzteren Weg. Der Geist von Stagnation ist in der deutschen Mittelmeerpolitik geblieben.

Staatssekretär v. Hintze:
Am Vordergrund des Interesses steht momentan die österreichische Note. An der Bereitschaft Deutschlands zum Frieden ist

nicht zu zweifeln; wir haben das immer erklärt. Nach den Mißerfolgen, die unseren Friedensangeboten aber stets beschieden waren, konnten wir diesen Weg nicht noch einmal beschreiten. Besonders jetzt nicht, wo unsere Feinde sich in einem Siegestaumel befinden. Der Schritt Österreichs ist erfolgt trotz unserer Bedenken. Wir haben aber selbstverständlich diesen Schritt sofort unterstützt und erklärt, daß wir bereit sind, an einer solchen Aussprache teilzunehmen. — In Groß-Rußland geht die Revolution weiter. Wir mischen uns nicht ein, unsere Feinde dagegen sind am Werk, das Feuer immer mehr zu schüren. Sie erstreben die Schaffung immer neuer Republiken, die sie gegen die Regierung in Moskau auspielen. Die an der Murmanküste gelandeten Entente-Truppen sollen angeblich eine Stärke von 50 000 Mann erreicht haben. Mit aller Macht arbeitet man darauf hin,

im Osten eine neue Front herzustellen. Wir sind geneigt, das zu verhindern. — Rußland ist jetzt im Begriff, sich mit Finnland zu verständigen. In der Ukraine schreitet die Konsolidierung fort. Der Hetman hat die lokalen Absichten und ist uns gegenüber ehrlich und aufrichtig. Deshalb darf er unserer Unterstützung sicher sein, wie wir auch allen Anlaß haben, die Entwicklung in der Ukraine zu begrüßen. Die Tschechoslowaken, in ihrer Reueheit weder Tschechen noch Slowaken, entwickeln sich immer mehr zu einflussreichen Räuberbanden, die jetzt zurückgedrängt sind. Sibirien hat eine ganze Anzahl Regierungen, die aber keine Macht hinter sich haben. Die unter dem Befehl von Alexejew stehende neue Armee ist zwar der Entente dienlich, sie ist aber völlig von den bolschewistischen Truppen eingeschlossen. Zwischen Russen und Donkosaken besteht ein Einverständnis, so daß die Versorgung Rußlands mit Kohlen aus dem Dongebiet gesichert ist. Auch andere Kohlenstämme drängen auf Selbständigkeit, teils unterstützt von der Entente. Wichtiger für uns ist die Krime, die eine eigene Regierung eingeseht hat, in der auch deutsche Kolonisten leben. Das innere Rußland wird beherrscht vom Terror, wenn auch die Zeitungsnachrichten übertrieben sind. Der Russe neigt nicht zur Rohheit, wenn er auch gelegentlich grausam werden kann. Die Umwälzung des wirtschaftlichen Lebens erfordert jedenfalls Zeit. Wir haben kein Recht, in die inneren Verhältnisse einzugreifen. Wir halten fest an dem Frieden von Brest-Litowsk, treten aber entschieden für den Schutz der deutschen Interessen ein; wir haben uns auch dafür eingesetzt, die zarische Familie in Sicherheit zu bringen, und zwar aus rein menschlichen Gründen. Die Zufahrtstränge sollen die Brücke bilden, die zu einem guten Verhältnis mit Rußland führen soll. Redner bespricht nun

die Zufahrtstränge.

Die von Rußland losgelassenen Randstaaten, die von der Revolution nichts wissen wollen, haben um unseren Schutz, der ihnen nicht versagt werden durfte. Es wäre uns lieber gewesen, nicht so weite Gebiete besetzen zu müssen. Dieser Zustand mußte legalisiert werden und das ist geschehen, durch die Zufahrtstränge. Die von Rußland losgelassenen Gebiete sind selbständige Staaten, an deren Aufbau wir mitarbeiten wollen. Dazu ist ein Lebensbedürfnis für Rußland, deshalb legen wir Wert darauf, daß Rußland bei Rußland bleibt. Wir haben uns dafür eingesetzt, es ist nicht ganz gelungen, aber das Gebiet soll Rußland, uns und unseren Verbündeten nutzbar bleiben. Das Finanzabkommen mit Rußland ist das Ergebnis einfacher Berechnungen. Die Russen waren mit den Verträgen einverstanden und haben sie eingehalten. Finnland wünscht schon seit Mai die Herstellung einer Monarchie, die nach dem sinnlichen Gesetz möglich ist. Wir haben nichts getan, um Finnland eine Monarchie aufzudrängen, der Kaiser hat es vielmehr abgelehnt. Den Finnen einen seiner Söhne zur Verfügung zu stellen. Dagegen ist Finnland erklärt worden, daß uns eine finnische Monarchie sympathisch sei, daß wir aber jede Einmischung ablehnen. Der Kaiser unserer Politik im Südosten ist Polen. Bei der Neuordnung der dortigen staatlichen Verhältnisse sollen die Wünsche der Polen weitgehend berücksichtigt werden. Auf Rumänien übergehend, bemerkt der Staatssekretär, daß momentan gewisse Unstimmigkeiten entstanden sind, die sich aber überwinden lassen werden. — Die Differenzen mit Spanien sind in gütlicher Weise beigelegt worden.

Wir sind dankbar für die Dienste, die uns Spanien geleistet hat, und deshalb haben wir Spanien einen gewissen Ersatz für verlorene Schiffe angeboten. Mit den anderen neutralen Staaten stehen wir in normalen Beziehungen, wenn auch dort die Stimmung sich nicht gerade verbessert hat. Redner schließt mit der Hoffnung, daß bald nach dem Kriege die Völker wieder den friedlichen Wettbewerb miteinander aufnehmen werden.

Bizkanzler v. Bauer

äußert sich über die Oststaaten. Die staatsrechtlichen Verhältnisse des Baltikums konnten nur teilweise geregelt werden, weil ein Teil der Gebiete noch zu Rußland gehörte. Das ist jetzt geregelt und wir hatten keinen Anlaß, diese Länder abzugeben. Borerst ist beabsichtigt, mit diesen Ländern Konventionen einzugehen. Die Entwürfe sind festgestellt und die Verhandlungen können beginnen. Die drei Länder sollen

zu einem einzigen Staatswesen

zusammengeschaltet werden. Die Konventionen werden das gesamte wirtschaftliche Gebiet, sowie Marine und Militär umfassen. Bei den Verhandlungen werden die einzelnen Länder entsprechend vertreten sein, wobei wir uns an die Vertretungen halten müssen, die nun einmal da sind. Der definitive Abschluß kann erst erfolgen, wenn eine Regierung vorhanden ist. Sobald der vorläufige Abschluß der Konventionen erfolgt ist, wird geprüft, welche Staatsform diese Länder künftig haben sollen. Wegen einer Personalunion mit Preußen sprechen eine ganze Reihe von Gründen, dynastische Interessen spielen bei Lösung der staatsrechtlichen Fragen keine Rolle. An die Stelle der rein militärischen Verwaltung im Baltikum ist bereits seit 1. August eine Zivilverwaltung getreten. Anders liegen die Verhältnisse vorläufig noch in Litauen; hier wird die eigentliche Entwicklung erst nach Abschluß der Konventionen in Fluß kommen. Die Verhandlungen werden geführt mit der Taraga, die allerdings das Ideal einer Volksvertretung nicht darstellt. Ist die Konvention abgeschlossen, dann steht nichts mehr im Wege, daß die Litauer sich ein Staatsoberhaupt wählen. Von einer Annexion dieser Länder kann keine Rede sein, wohl aber müssen in unserem Interesse gewisse Schranken gezogen werden. — Der Bizkanzler wendet sich dann gegen die Angriffe, die auf Grund seiner Stuttgarter Rede gegen ihn gerichtet worden sind und erklärt:

im Osten ist Frieden und bleibt Frieden,

ob es nun unseren Gegnern gefällt oder nicht. Er habe in Stuttgart als Mitglied der Regierung gesprochen und man habe doch wirklich nicht erwarten können, daß er sich gegen einen Vertrag wenden werde, wie dem von Brest-Litowsk, dem der Reichstag seine Zustimmung gegeben habe. Der Friede von Brest-Litowsk, soviel man an ihm aufsehen kann, ist schwer verkauft, seine Aufrechterhaltung sichert uns aber vor dem Entstehen einer neuen Ostfront, deshalb muß an ihm festgehalten werden. Die Randstaaten wollen los von Rußland, Rußland war damit einverstanden, sie mußten aber in irgendeiner Form an einen großen Staat angeschlossen werden, um sich zu selbständigen Staatswesen entwickeln zu können. Das Interesse unserer Feinde geht nach einer anderen Richtung hin: Ob unsere Gegner so handeln würden, wie sie das uns zumuten, ist sehr zu bezweifeln. Jedenfalls denkt England nicht daran, die Annexion Neapolens der Zustimmung der Mittelmächte zu unterbreiten. Deshalb können unsere Gegner nicht zum Amte des Schiedsrichters berufen werden. Vor allem aber sind die Dinge noch im Fluß, der Friede von Brest-Litowsk ist mit Recht lediglich als ein vorläufiger Rahmen bezeichnet worden, der erst noch ausgefüllt werden muß. Dadurch verfehlt wäre es, einen bestehenden Vertrag der Zustimmung von Mächten unterbreiten zu wollen, denen dazu kein Recht zusteht. Den Versuch werden unsere Feinde machen, aber der Friede hängt nicht von den Ostfragen ab, man dürfe sich nur nicht immer von einer Position in die andere drängen lassen. Die jetzigen Staatsmänner der Entente wollen momentan noch keinen Frieden, deshalb muß jedes Entgegenkommen eine Grenze haben, namentlich darf der Satz nicht ganz verlassen werden: Suche zu behalten, was du hast.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Die Debatte beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Bekanntmachung. Vollmilch.

Nach Grund des § 13 der Milchverordnung vom 30. Oktober 1916 wird unter Abänderung der Bekanntmachung der Reichsstelle Groß-Berlin (Mtl.) vom 18. September 1918 für den Bezirk der Reichsstelle Groß-Berlin bestimmt:

Es sind vom 25. September 1918 ab bis auf weiteres abzugeben:

- a) auf die roten, mit einem Kreis und mit „A I“ gekennzeichneten Milchmarken 1 Liter,
- b) auf die bla mit „A II“ gekennzeichneten Milchmarken 1/2 Liter,
- c) auf die blauen mit „B“ gekennzeichneten Milchmarken 1/2 Liter,
- d) auf die braunen mit „C“ gekennzeichneten Milchmarken 1/2 Liter.

Nach Antragsverfahren nach Sonderknoten ist die aufgedruckte Menge voll zu verabfolgen.
Berlin, den 24. September 1918.
Reichsstelle Groß-Berlin (Mtl.).
Zahl IV/33 S. 20.

Freitag lester Tag!

Sehen! Hausfrauen! Staunen!

3 öffentliche Waschtage

Mittwoch, den 25., Donnerstag, den 26.,
Freitag, den 27. September,
täglich zwei Vorführungen
pünktlich nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr
im Saale der Schultheiß-Bräuerei, Schönhauser
Allee 36/39,
mit dem allgemein als leistungsfähig anerkannten
Vacuum-Wasch-Apparat
„Das kleine Wunder“.
Dieser Apparat ist vom Hpt. Kreis-Bezirksamt
eingehend geprüft u. zur Anschaffung empfohlen worden.
In 5 Minuten eine Wanne schmutziger Wäsche ohne
Reiben, ohne Bürsten, ohne Reiben tafelfest sauber!
Bis zu 75 Proz. Seifen-Ersparnis!
Preis des Apparates 18 M.
„Das kleine Wunder“ muß jeder Hausfrau besitzen.
Es bietet die einzige Möglichkeit, die Wäsche auch ohne
Seife, nur mit Wasser, sauber zu waschen.
Gründliche Schonung der Wäsche!
Günstigster Preis! Kein Kaufzwang!
Schmutzige Wäsche (auch Erdwische und
Gardinen) bis zu 10 Minuten mit Wasser, welche in
5 Minuten tafelfest sauber gemacht wird.
Vacuum-Wascher-Co., Berlin-Wilmersdorf 1.
Günzelstr. 45. Telefon: Ulland 6417.
Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Besonderes Angebot in Möbel! Schlafzimmern

Eiche!

1975

1 Schrank, steifig, Ansicht mit Kristallglas, Fußboden, Stange, geschlossene Berglase
1 Waschtoulette mit Kristallspiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Stuhl, Auflege-Matratzen m. Reittisch
2 Stühle
1 Handtuchhänder
Beste Verarbeitung + trockenes Material
Großes Lager in allen Sorten Schlafzimmern
Kleinzimmer - Speisezimmer - Wohnsalon
zu sehr billigen Preisen - Versand auch nach auswärts

Lombard- und Möbelhaus „Bahnhof Börse“ G. m. b. H.

Dixonsstraße 43-44.

Wermut-Obst-Wein

Preis einschließlich Flasche und Steuer M. 4,70
Inbalden-J. F. Rauch, Friedrichstraße 164
Friedrichstraße 11.

Anträgerinnen für den „Vorwärts“

werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Prinzenstr. 31, Markusstr. 36, Petersburger Platz 4, Lausitzer Platz 14/15, Immanuelkirchstr. 12, Ackerstraße 174, Lindenstr. 3, Greifenhagenstraße 22, Wilhelmshagenstraße 48, Blumenthalstr. 8, Hofpark, Stolpmann.

Wilmersdorf: Wilhelmsane 27 bei Schubert

Neukölln: Siegfried-Str. 28/29.

Ober-Schöneweide: Paul, Mathildenstr. 5.

Falkenberg: Salemann, Gartenstadtstr. 10, für Alt-Gliencke.

Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.

Treptow: Gramenz, Kiehlholzstr. 412.

Schöneberg: Meiningen Straße 9.

Charlottenburg: Sosenheimer Str. 1.

Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59.

Meldeszeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.

In jeder Familie verwendet man nur meine ganz neu verbesserte Hand-Näh-Ahle „Einzig“.

Jeder sein eigener Sattler u. Schuster. Die Ahle näht Steppstiche wie eine Nähmaschine. Man kann Schuhe, Geschirre, Treibriemen, Pferdeu. Wagendeck, Sättel, Säcke, Segeltuch selbst flicken. Nähahle „Einzig“ ist die beste, welche bis heute in den Verkauf gelangte. — Stück mit drei verschiedenen Nadeln, Garn u. Gebrauchsanweisung 4,50 M., 2 Stück 8,50 M., 4 Stück nur 16,- M., vers. u. Nachn. Porto u. Verpackung frei. **Versandhaus Georg Boh,** Straßburg i. E., Saargomünder Straße 40.

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert sofort ab Lager

Wagner, Cöpenicker Str. 71.

Möbel-Cohn

Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Badstrasse 47-48

Möbel auf Kredit an jedermann.

Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
einzelne Möbel, farbige Küchen.
Grosse Auswahl
komplett aufgestellter Schlaf-,
Wohn- und Speisezimmer.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen
und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Kriegsanleihe und Sparkassenscheine nehme
gern als Anzahlung.

Auf Kredit Möbel

Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke zu billigsten Preisen.
Kleinste Anzahlung.
Bequemste Abzahlung.
Größte Rücksicht.

A. Stein

Oranienstr. 1
Hochbahn-Station Oranienstraße

Tabak

50proz. reintabak, 50 Gr. 1,25 M.
30proz. reintabak, 50 Gr. 1,10 M.
10proz. Schafkop, 50 Gr. 1,— M.
Kautabak-Oranienstr. 10
Einf. 50 Pf.
Einf. bayr. Badler Schnupftabak 35 Pf. 20142*
100 Stück 100 — 250 M.
Zigaretten 100 — 250 M.
Zigaretten 17-20 M. p. 100 Stk.
Walter Glessner, Dessau 2.

Süßneraugen

Fußsohlenverhärtung
Dornhaut-entf. m. absolut
sicherh. Reibsch. „Basso“. Einz.
Nadelformel i. eingemurs. und
schmerz. Verleiden. Zeit 25 Min.
1,25 M. Otto Reihel, Berlin 43,
Offendstraße 4.

Unnötigen Ärger!

Sind's
die Augen
geh' zu Ruhnke



Sicher ist es kein Vergnügen, Augengläser tragen zu müssen, deshalb sollte niemand sich noch unnötigen Ärger und überflüssige Kosten betreiben durch Kaufen anscheinend billiger Kneifer und Brillen. Viele Reparaturen machen solche erst recht teuer. Trotzdem halten diese nicht lange, stören selten gut, drücken meist und fallen leicht herunter.

Gute Kneifer und Brillen müssen so dauerhaft hergestellt sein, daß bei ordnungsmäßigem Gebrauch während langer Zeit keine Reparaturen nötig werden.

So haltbar sind Ruhnke-Kneifer und Brillen von 8,50 M. an, deshalb garantieren wir Ihnen auch dafür zwei oder drei Jahre und machen Ihnen in der Garantiezeit alle Repara-

turen umsonst, außer Bruch der Gläser, der Horn- und Schildpatteile usw. Da wir aber niemals mit einem unserer werten Kunden in unliebame Erörterungen darüber eintreten wollen, ob der Schaden wirklich durch ordnungsmäßigen Gebrauch oder durch Unvorsichtigkeit entstanden ist, so erstrecken wir unsere Garantie auf jede Reparatur, ganz gleich, ob das Augenglas aus Fahrlässigkeit oder mit Gewalt zerbrochen wurde. Wir fragen nicht lange, sondern bringen alles wieder umsonst in Ordnung, ja wenn dies nicht mehr lohnt, erhalten Sie ein gleichwertiges Augenglas kostenlos als Ersatz, nur die Gläser haben Sie zu zahlen.

Das ist die Ruhnke-Garantie!



Verlangen Sie nach außerhalb
toilette unsere Optiker
zum Selbstbestimmen passen-
der Gläser nach Veranlassung.

Optiker Ruhnke

C. Spitzmorkt,
Ger. Wall-Str.
Kriegenderplatz,
neben K. Q. Ring

W. Leipzig Str. 113,
Ger. Kaiser-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
Juwelien-Str. 104,
Ger. Brunnen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
Ger. Dorstbeer-Str.

Friedenau:
Rhein-Str. 18, Ger. Kirch-Str.
gegenüber der Kaiser-Str.

Charlottenburg:
Lanengien-Str. 15,
Ger. Korbanger Str.
Josephsholer Str. 2
am Korbangel See.

SO. Oranien-Str. 44,
Ger. nahe Oranien-Platz

Friedrich-Str. 180,
Ger. Linden-Str.

Friedrich-Str. 106,
Ger. Siegel-Str.

Schöneberg:
Haupt-Str. 21
am Kaiser-Wald-Platz

Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-3,
a. d. Uhland-Str.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsbüro Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Metallarbeiter
Franz Hempel
Mittenwalder Str. 24
am 21. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 23. d. Mts.,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Kreuz-
Friedhofes in Mariendorf,
Eisenacher Straße 92, aus-
statt.
Ruhe Beteiligung wird er-
wartet.

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Metallarbeiter
Robert Hensel
Kappel-allee 14
am 17. d. Mts. gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Schlosser
Joh. Koslowski
Kottbuser Str. 29
am 16. d. Mts. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
118/15 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 22. Sep-
tember, nachmittags 5 1/2 Uhr,
nach längerem Kranken-
lager unter lieber Freund, der
Ratler 1118

Johannes Müller
im Alter von 81 Jahren.
Dies zeigen tiefbetriibt an
Familie Paul Gluck,
Berlin, Wilhelmshavener
Straße 21.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. Sep-
tember, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von dem Sebastian-Kirch-
hof, Heinersdorf, Gum-
boldtstraße, aus statt.

Tieferschüttert erhielten wir
die traurige Nachricht, daß
unser innig geliebter Sohn
und Bruder
Erich Käming
am 19. d. Mts., in einem
Feldlazarett an seiner Ver-
wundung gestorben ist.
Die bestrauten Eltern
und Geschwister
Franz Käming und Frau
Helene, geb. Seegeri,
Franz Käming als Ge-
setzliche Käming / Schwester,
Mahlisdorf, den 24. Sep-
tember 1918.
Bahnhofstraße 19 I.

Allen Bekannten die trau-
rige Nachricht, daß am
21. September die frühere
Büchhalterin von Hans
Thomsen 3304b

Frau Schulze
verstorben ist.
Die Beerdigung findet
heute Mittwoch, den 25. Sep-
tember, nachmittags 4 1/2 Uhr,
auf dem Dölling-Kreuz-Kirch-
hof in Mariendorf statt.
R. K.: Henriette Friische.

! Deutsche Kolonien!
Mittteilung über Ansiedlung,
Anwesen, usw. vers. kostl. Ver-
einig. d. Freunde kol. Siedlg.
Berlin W, Rosenheimer Str. 28.

Reichstagswahl in Berlin I.
Heute Mittwoch, 25. September ex., abends 8 Uhr,
in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:
Oeffentl. Wählerversammlung,
veranstaltet von der sozialdemokratischen Partei.
Referent:
Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei,
Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter
Hugo Heimann.
Das Wahlkomitee. 3. K.: Eugen Ernst, Lindenstr. 3.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsbüro Berlin. N 54, Zinnschraube 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal
von Klement, Sophienstr. 6:
Branchen-Versammlung
der **Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins.**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen G. Heiler über: „Lohnarbeit
und Kapital“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchen-
angelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr, in
Böckers Festsälen, Weberstr. 17:
Branchen-Versammlung
aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung:
Bericht über die mit den Arbeitgebern gepflogenen
Verhandlungen.
Im pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.
Die Vertrauensleute werden besonders ersucht, pünktlich an-
zuwesend zu sein.

Rohrleger und Helfer.
Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Saal 1);
Allgemeine Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Branchen-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist dringende Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
118/14 Die Ortsverwaltung.

Künstliche Zähne 30625*
mit echtem Porzellan, Goldkronen u. Brillen, Präzisions-
arbeit. Rep. u. Umarb. sof. Ueber 30 Jahre langjährig. Keine
Purgapreise. Sternstr. 112 53.
Zahnpraxis Gröger, Pringelstr. 66A, an der Dresdener Str.

Möbel-Gross
Im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141
Im Norden: Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße
Möbel auf Kredit
oder bar.
Ein- und Zwei-Zimmer-Einrichtungen
Bunte Küchen.
Einzel-Möbel jeder Art
zu billigen Preisen.
Lieferung frei Haus, auch nach auswärts.
Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

Rauchtabake,
garantiert rein, lose pakettiert,
auch ungepackt, lauft jeden
Pfeifen 118/20
Berlin,
Wihle, Brunnenstr. 178.
Tel. Norden 3418. Musterofferten.

Fette Gutes,
Brat- und Suppenbühner,
lebende Milchziegen,
fette Kaninchen u. Tauben
empfehlen besonders preiswert
Schmidt vorm. Tasche,
Klan-allee 21, am Helleck. Tor.

Wundervolle Pelzmäntel!
Beste Felle, gediegene Kürschnerarbeit, kurz und lang 1200, 1500, 1800, 2000, 2800 usw.
Entzückende Kostüme mit Pelzkragen u. Verbrämungen 285, 350 usw.
Reinwoll. Kammgarn-Kostüme auf gediegenem, rein-
seidenem Futter! 375, 450 usw.
Aus der Frühjahrs- und Sommerszeit!
Frachtkostüme 185, 190 usw. Impr. Seidenmäntel 225, 250 usw.
Stoff- und Seidenröcke 88, 95, 115, 125 usw.
Westmann,
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a.
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Straße 115.
Sonntags geschlossen.

Schlafzimmer
Einrichtungen,
in allen Ausführungen
besonders preiswert
mit
**Betten, Matratzen,
Daunendecken,**
Spezial-Abteilung
für Schlafzimmer
**Bettfedern, Daunendecken
Metallbettstellen**
Bettfedern-Lustig Fabrik mit elektr. Betrieb
Gustav
Berlin S.
Prinzenstr. 46/47
Man achte genau auf
Firma u. den unter Glasbühnen
befindl. Eingang Nr. 46

Gegründet 1864
Pelz-
waren in grossen
Einzelverkauf
wie alljährlich
zu billigen Preisen.
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 (Ordnungs-
haus)
kein Laden, II. Stock
Bitte genau auf Firma 21
und Hausnummer 21
zu achten. 21

Meine Flechte
Mir deren Beseitigung mir von 11 Jahren
seit etwa einem Jahre alle möglichsten
Mittel verschrieben wurden, die aber
nicht halfen, ist erst durch Ihre
Bestimmtheit ich
verhindern.
E. G. W. W. Reichel's Flechten-
salz, seit 25 Jahren gleiches ver-
wendet. Preis 8.50. - Zur gleich-
zeitigen inneren zur Reichel's Sal-
zarin-Stationenbehandlung 2.4. -
Otto Reichel, Berlin 43
E. G., Eisenbahnstr. 4.

Nur bis Sonntagabend, d. 22. Sept. in Berlin tägl. v. 10-6 Uhr
gäbe ich besond. hohe Preise für ausgebrauchte
106/17*
Alte Gebisse pro Zahn
bis
4 M.
auch für den gewöhnl. Platinzahn 0.50-1 M., Platin-Stiftzahn
1-2 M., Platin-Wattenzahn 3-4 M., Metall-Gebisse bis 150 M.
Platin-Abfälle, Brennstoffe, Schmuckgegenstände 8 Part
im Hotel Nordischer Hof, Invalidenstr. 126 I, Stettiner
Bahnhof gegenüber.
Franz C. Willsig, Hamburg.

Tabak
Kubanen, Beizen und
Bearbeiteten zu Rauch- und
Rauchtabak, Zigaretten und
Zigaretten kann jeder leicht
nach meiner Prozedur
„Führer im Tabakbau“.
Preis bei Boreinl. 1.50 M.,
Nachh. 30 Pf. mehr.
H. Freya, Engere
(Rhein), Postfach 1, [1873]

Rasier-Crème-Pulver
Jwezzett
hygienischer als verderbliche Rasier-Crèmes und billiger
Dose 1.50. **J. W. Zimmer, Frankfurt a. M. 68/8***

Laufbursche oder
Mädchen 33015
gesucht
Kuno Bergmann, Kochstr. 5.

Ein Bahnstation Görlitzer Bahn
Sandparzellen 250 Mr.
Gutes Obst- und Gartengrund.
Off. B. 93 Gerstmanns Annoncen-
bureau, Alexanderplatz 1.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor
Sprechtst. 11-1, 4-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle,
sichere, schmerzlose Heilung
ohne Berufsstörung. Teilzahlung

Berlin I: Heute Wählerversammlung, 8 Uhr abends

Haberlands Feistsäle, Neue Friedrichstr. 35. Referent: Genosse Hugo Heimann.

Groß-Berlin

Eine Schande.

Kuch in die Regale der Buchhandlungen beginnt der Krieg immer größere Schäden zu reifen. Viele Bücher sind schon vergriffen. Neuaufgaben schwinden unter der Hand, zudem sind sie fast unerschwinglich teuer und von schlechtestem Material.

Vor kurzem veröffentlichte der Reclam-Verlag eine Mitteilung, daß es ihm wegen zu knapper Papierzuerteilung unmöglich werde, die berühmte Sammlung aufzufüllen. Tatsächlich kann man auch Glück haben, ein bestimmtes Heft zu erlangen, von zehn geforderten Büchern erwischte ich dieser Tage drei — nach einer Wanderung durch sechs Buchhandlungen. Man muß sich vorstellen, welches Verdienst diese unscheinbaren Heftchen, die jeder kennt, um die literarische Bildung unseres Volkes, vor allem der Arbeiterschaft haben, um den Verlust tief genug zu erfühlen. Die Frage erhebt sich: muß es sein, daß dem Volke auch noch dieses geistige Brot entzogen wird?

Das ist eben das Empörendste, daß es nicht notwendig ist! Kerger, unerträglich, denn je macht sich die Schundliteraturplage breit, in einer Zeit, die wahrlich Ursache genug hätte, das Wohl der Unmündigen besser im Auge zu behalten. Eine wahre Flut von Schundliteratur wälzt sich in Millionenauflagen allwöchentlich über die Zeitungsstände und Buchhandlungen niederen Schlages, ein nicht gutzumachendes Wert der Volksbildung vollendend. Währenddessen kämpft die Tagespresse und die ansässige Verlegerenschaft Tag um Tag einen Alleinkrieg um Papiergewährung, das Verlangen nach geistiger Erhebung muß zurückstehen vor der skrupellosen Ausbeutung der geistig Armen. Heißt es nicht den Kindern und Erwachsenen, denen das Gute beschneitten wird, das Schicksal direkt in die Hand zu drücken, daß sie danach greifen müssen, aus ihrem Bedürfnis nach Zerstreuung heraus? Heißt das nicht, die mühsamen Resultate unserer Volksbildungsbewegung zerschüttern zu lassen, wenn sich nicht endlich ein höheres Prinzip bei der Papierverteilung durchsetzt?

Was gedenken die Verantwortlichen Stellen zu tun?

H. A. W. G.

Obstversorgung im Havelgau.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt uns: Daß gewaltige Obstmengen der Allgemeinheit entgehen würden, wenn man gebulbig zuläße, wie ganze Schwärme von Berliner Ausflüglern soviele Kessel und Birnen als sie nur schleppen können, täglich in Säcken und Koffern aus dem Havelobstgau nach Hause tragen, liegt auf der Hand. Die Hamsterreien zu erschweren, ist das Ziel einer durch die Blätter färglich mitgeteilten neuen Verordnung der Bezirksstelle für Gemüse und Obst in Potsdam. Die neue Vorschrift dehnt die beim Ablass von Herbstobst bisher nur für die Verbesserung auf dem Schienen- oder Wasserwege geltende Genehmigungspflicht auch auf Traglasten (Kudack, Korb, Koffer, Sack) aus. Bedinglich im Interesse einer ausreichenden Belieferung der Warmeladefabriken, die für die Volksernährung von allergrößter Bedeutung ist, will die Verordnung — deren Sinn anscheinend vielfach mißverstanden worden ist — den Hamsterfahrten in den Havelobstgau einen Riegel vorschieben. Deshalb wird dem Erzeuger verboten, ohne schriftliche Genehmigung der Behörde Obst zwecks Förderung als Traglast abzuführen. Nur größere Obstmengen unterliegen aber der Beschränkung. Nach wie vor kann der Erzeuger an jeden Verbraucher zwei Pfund Obst ohne besondere Erlaubnis

und ohne sonstige Beschränkung verkaufen, und diese zwei Pfund können in Taschen, Rucksäcken oder sonstwie „versteckt“, vom Erwerber mitgenommen werden.

Brotportion und Brotpreise im Oktober.

Der Lebensmittelaußschuß Groß-Berlin hat am Montag beschlossen, entsprechend der erhöhten Mehlaufteilung vom nächsten Monat ab die alte Brotportion von 1950 Gramm wiederherzustellen. Die Brotpreise betragen dann entsprechend für das 1950-Gramm-Schwarzbrot 103 Pf. und für das Krankensbrot 134 Pf.

Berliner Lebensmittel.

Bis auf weiteres werden auf die roten „A I“-Karten 1 Liter, auf die rosa „A II“-Karten 1/2 Liter, auf die blauen „B“-Karten 1/2 Liter und auf die braunen „C“-Karten 1/2 Liter Vollmilch ausgegeben.



le dich gebär,

Die dich ergog zum Mann,

Die Heimat pocht

Am Hufe bei dir an.

Wer eilt nicht schnell

Mit voller Hand herfür,

Ständ' seine Mutter

Vittend vor der Tür?

gegeben. Auf Krankensarten und Sonderarten ist die aufgedruckte Menge voll zu verabsolgen.

Bis Sonnabend, den 28. September, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenlisten der in den Bezirken der 91.-98., 101., 102., 194., 200. und 230. Brotkommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Kohlentransport ins Haus.

Der Magistrat Berlin hat eine Organisation ins Leben gerufen, um in den Nachmittagsstunden denjenigen Kranken und schwachen Personen die Kohlen vom Lager des Kohlenhändlers aus ins Haus zu schaffen, für welche die Kohlenhändler diese Arbeit nicht übernehmen können. Die Kohlen werden durch Schüler auf städtischen Handwagen befördert. Die Beförderung endet mit dem Abwerfen der Kohlen auf dem Hofe des Bestellers. Da vorläufig nur eine beschränkte Anzahl von Wagen zur Verfügung steht, so darf dieser Schülerdienst nur in wirklich dringenden Fällen in Anspruch genommen werden.

Die Antragsteller müssen sich zunächst bei ihrem Kohlenhändler — beim Bezuge von Brennstoff ist dies der Kohlenhändler, in dessen Kundenliste sie eingetragen sind — einen Ausweis darüber beschaffen, daß die Kohlen für sie (von einem bestimmten Tage ab in den Nachmittagsstunden) zur Abholung bereit liegen. Es dann können sie sich an ihre Brotkommission wenden, bei welcher ein Verzeichnis derjenigen Gemeindefürsorgeanstalten liegt, welche sie für den Transport erforderlichen Schüler und Handwagen stellen. Sie müssen sodann bei dem Rektor der in der Nähe des Kohlenplatzes gelegenen Gemeindefürsorgeanstalt ihren Antrag stellen. Eine Haftung für einen Reklambetrog an Kohlen wird vom Magistrat oder der Schule nicht übernommen; es ist Sache der Antragsteller, selbst dafür zu sorgen, daß Kohlen während des Transports nicht abhanden kommen. Daher ist es dringend nötig, daß der Antragsteller oder ein Familienmitglied den Transport besetzen. An Gebäuden sind an den Rektor der Gemeindefürsorgeanstalt und zwar sofort bei Antragstellung, 80 Pf. für jeden abtransportierenden Zentner zu zahlen. Falls Antragsteller dem Rektor nachweisen, daß sie steuerfrei veranlagt sind, ermäßigt sich für sie der Preis auf 65 Pf. für den Zentner.

Der Zweck, den der Berliner Magistrat mit dieser neuen Einrichtung verfolgt, ist selbstverständlich durchaus zu billigen. Doch müssen wir gestehen, daß uns das Verfahren reichlich unständiglich erscheint. Wäre es wirklich nicht möglich, den Instanzenweg ein wenig zu verkürzen?

Der letzte Schultag vor den Ferien. Die Schulabteilung der Regierung in Potsdam hat angeordnet, daß die Schulen, die die Ferien der höheren Lehranstalten haben, zur Ueber einstimmung mit diesen an dem letzten Schultage vor den Ferien den Unterricht auf die beiden ersten Vormittagsstunden beschränken und die letzte Stunde für eine Schulentlassungsfeier verwenden dürfen. Den Umfang der Unterrichtsbeschränkung bestimmen die Schuldeputationen und Schulausschüsse unter Mitwirkung des Kreis Schulinspektors. Dies bezieht sich auf den letzten Schultag vor den Oster- und Herbstferien; an dem letzten Schultag vor den anderen Ferien ist der volle stundenplanmäßige Unterricht zu erteilen.

Russischer Unterricht für Damen und Herren in der II. städtischen Wahlfortbildungsschule für Mädchen, Brandenburgstr. 37, in den üblichen Stadtteilen: Für Anfänger Montag und Donnerstag von 7-9 Uhr abends, für Fortgeschrittene Dienstag und Freitag, Anmeldung täglich von 4-8 Uhr im Amiszimmer, in den nördlichen Stadtteilen: in der VII. städtischen Wahlfortbildungsschule für Jünglinge, Chorinertstr. 74, für Anfänger und Fortgeschrittene Dienstag und Freitag von 7 1/2-9 1/2 Uhr abends, Anmeldung täglich von 7-8 Uhr abends im Amiszimmer. Beginn Montag, den 7. bzw. Dienstag, den 8. Oktober. Auswärtige zahlen das doppelte Unterrichtsgeb.

Neuer Samariterkursus. Die Kolonne Groß-Berlin des Arbeiter-Samariter-Vereins hat den Sommerkursus abgeschlossen. Der am 30. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Königsgraben 2, am Alexanderplatz, beginnende neue Kursus bietet Gelegenheit, die Grundregeln der ersten Hilfeleistung zu erlernen und in den Grundzügen der Kranken- und Gesundheitspflege unterrichtet zu werden. Wer beabsichtigt, an dem Kursus teilzunehmen, wolle sich in dem genannten Lokal einfinden. Wegen weiterer Auskunft wende man sich an den Vorsitzenden Gustav Dietrich, Berlin NW 23, Klopstockstr. 25, Hof links parterre.

Reisebericht der Ausländer. Das Kammergericht hatte sich mit der Auslegung einer Kriegsverordnung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 21. November 1916 zu beschäftigen, welche u. a. vorschreibt, jeder über 15 Jahre alte Ausländer hat sich bei der Ankunft aus dem Auslande, beim Wechsel des Aufenthalts im Inlande usw. bei der Ortspolizeibehörde persönlich an- und abzumelden. Die Anmeldung hat binnen 24 Stunden nach der Ankunft oder dem Wohnungswechsel zu erfolgen. Wer aber einem Ausländer entgegensteht oder unangenehm Wohnung oder Quartier gewährt, ist verpflichtet, sich über die Erfüllung der Anmeldevorschriften spätestens 24 Stunden nach der Aufnahme des Ausländers zu vergewissern, und, wenn ihm die Erfüllung nicht nachgewiesen wird, der Ortspolizeibehörde sofort Mitteilung zu machen. Frau E., welche das Baltische Hotel am Stettiner Bahnhof leitet, war zur Zeit gelegt worden, sich gegen die erwähnte Kriegsverordnung des Oberbefehlshabers in den Marken vergangen zu haben. In ihrem Hotel war eine schwedische Familie Lind abgeblieben. Der Ehemann Lind hatte im Fremdenzettel seine Staatsangehörigkeit nicht angegeben. Auf die erhobene Anklage erklärte die Angeklagte, Lind hätte stehend deutsch gesprochen und angegeben, er komme mit seiner Familie aus Westfalen. Unter diesen Umständen habe sie nicht angenommen, daß Lind ein Ausländer sei. Die Strafkammer verurteilte aber die Angeklagte zu einer Geldstrafe und hob hervor, aus dem Umstande, daß ein Mann „mit dem bekannten schwedischen Namen Lind“ in ihrem Hotel abbliebe, wo häufig Ausländer aus den nordischen Staaten Quartier nehmen, ohne seine Staatsangehörigkeit in den Fremdenzettel einzutragen, hätte sie annehmen müssen, daß ein Ausländer in Frage komme. Diese Entscheidung sucht die Angeklagte durch Revision beim Kammergericht an, welches aber die Revision zurückwies.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von E. St. Raymond.

(Fortf. folgt.)

„Wer ist abgeführt? Wo? Wann? Wie?“ Fragen flogen hin und her.

„Na, der Schlüssel ist vom ersten Stock abgestürzt und hat sich die Zähne eingeschlagen... Ha, ha, ha!“ Großglück lachte laut und herzlich.

„Glänzender Wit, glänzender Wit!“ riefen alle und barten vor Lachen, obwohl sie diese blöde Geschichte schon unzählige Male angehört hatten.

„Narr!“ brummte Wiczek.

„Er kann sich's leisten!“ sagte Blumenfeld leise.

Großglück ging in sein Arbeitszimmer, das hinter dem Kontor an der Hofseite gelegen und mit großem Luxus eingerichtet war.

Die reich mit Bronze verzierten Rahmungen harmo-nierten gut mit der roten Wandbedeckung, die goldene Borten umspannten.

Ein großes, von schweren Vorhängen verdecktes Fenster ging auf den Hof. Großglück schaute eine Zeitlang auf die Transmissionsen, die eine Seite des Hofes mit der anderen verbanden und ständig liefen, und auf eine lange Reihe von Frauen und Männern. Sie drängten sich in einer Tür, große Ballen von Wolllüchern auf dem Rücken. Weber waren es, die Garn aus der Fabrik bekamen und zu Hause auf Handwebstühlen Kopfstücker webten.

Dann öffnete er einen großen, in der Mauer eingebauten Kassettenkasten, musterte den Inhalt, nahm einen Stoß Papiere heraus, legte sie auf den Schreibtisch am Fenster, setzte sich und schellte.

Sofort erschien der Proturist der Firma mit einer dicken Mappe unter dem Arm.

„Was hört man Neues, Herr Steinmann?“

„Fast nichts. A. Weber brannte nichts.“

„Weiß ich. Was weiter?“ fragte Großglück, die Papiere der Reihe nach sehr aufmerksam prüfend.

„Verzeihen der Herr Rat, weiter weiß ich nichts.“ Der Proturist entschuldigte sich demüütig.

„Sie wissen wenig.“ brummte der Bankier, schob die Papiere beiseite und drückte zweimal auf den elektrischen Knopf.

Ein anderer Beamter erschien, der erste Kassierer.

„Was gib's Neues, Herr Schulz?“

„Zwei Arbeiter hat man in Baluth erschlagen, dem einen hat man den ganzen Bauch aufgeschlitt.“

„Nacht nichts, an dieser Ware mangel's ja nicht. Was weiter?“

„In der Früh erzählte man sich, Pinter Mahersohn beginne zu wadeln.“

„Er braucht wohl umgukippen auf fünfundschwanzig Prozent? Bringen Sie sein Konto her.“

Schulz brachte es sofort. Großglück prüfte die Posten aufmerksam und musterte lächelnd: „Mag er umkippen, und schadet das nichts. Seit einem halben Jahr fühle ich, daß er sich plagt, daß er sich gern mal sehen möchte. Was weiter?“

„Sonst nichts. Es scheint mir bloß, Herr Rat sehen heute nicht ganz wohl aus.“

„Dummkopf, das Gehalt werde ich Ihnen herabsetzen, so dummi sind Sie.“ rief Großglück aufgeregt und musterte, sobald Schulz verschwunden war, aufmerksam sein Gesicht im Spiegel und schaute sich lange seine Junge an.

„Nicht ganz in Ordnung, muß mal den Arzt fragen.“ überlegte er und schellte dreimal.

Blumenfeld erschien mit einem Haufen Korrespondenz und Rechnungen. Er las sofort die Briefe vor, notierte sich die Antworten und wollte gehen. Der Bankier hielt ihn aber mit einem Wink zurück.

„Sie spielen auf dem Klavier, Herr Blumenfeld, habe ich gehört.“

„Ich habe das Konservatorium in Leipzig absolviert und den Kursus bei Leschetzky in Wien.“

„Sehr angenehm. Ich liebe sehr die Musik. Ich dachte mir, daß Sie vielleicht meiner Marry Unterricht erteilen könnten. Sie spielt gut. Es werden keine richtigen Stunden sein. Sie werden bloß bei ihr sitzen und aufpassen, daß sie nicht falsch spielt. Was verlangen Sie für die Stunde?“

„Ich gebe jetzt Stunden bei Müllers und bekomme drei Rubel.“

„Drei Rubel! Ja, aber Sie müssen da bis ans Ende der Stadt laufen, in einer elenden Hütte sitzen und sich mit Müllers unterhalten, mit dem Bauern; was ist das für ein Vergnügen, mit solchen Leuten zu verkehren? Bei mir werden Sie im Palais sitzen.“

„Ich unterrichte da auch im Palais.“ sagte beikühnig Blumenfeld.

„Na gut, wir werden schon einig werden.“

„Dann soll ich kommen?“

„Kommen Sie heute nachmittags.“

„Nawohl, Herr Rat.“

„Bitte Sie Steinmann zu mir herein.“

Steinmann erschien sofort und wartete ungeduldig auf die Befehle.

Großglück steckte eine Hand in die Tasche, ging im Zimmer auf und ab und strich langsam seinen Badendart. Endlich sagte er feierlich:

„Ich wollte Ihnen sagen, daß mich das andauernde Wäsegeritter im Kontor stört und das andauernde Summen der Gasflammen.“

„Herr Rat, wir kommen immer so zeitig, daß wir alle erst im Kontor frühstücken.“

„Der Tee wird auf Gas gekocht. Wer zahlt das Gas? Ich zahle es. Ich zahle das Gas, damit die Herren den ganzen Tag Tee trinken können. Das ist doch widersinnig! Von heute ab werden es die Herren bezahlen.“

„Herr Rat trinken ja auch...“

„Freilich trinke ich, ich werde sogar sofort trinken. Anton, gib mir Tee.“ rief er laut ins Vorderzimmer hinaus. „Ich habe eine Idee. Ihr trinkt Tee, gut; trinkt ihn und bezahlt das Gas. Ihr seid so viele, daß euch das billig kommt, und mir werdet ihr den Tee als Entgelt geben. Die Gasanlage und die Gasherde gehören doch mir, befinden sich in meinem Kontor, und ihr trinkt Tee während der Arbeitsstunden.“

„Gut, ich werde es den Kollegen austreten.“

„Ich tue es bloß im Interesse der Herren. Jetzt genießen sie sich, Tee zu trinken, das Gewissen drückt sie, ist ja doch mein Gas; wenn jeder das Gas bezahlt, dann kann er es ruhig tun, dann kann er mir auch ruhig in die Augen schauen. Das ist sehr moralisch, Herr Steinmann, sehr.“

„Ich hätte eine Bitte an den Herrn Rat, im Namen meiner Kollegen.“

„Reden Sie, aber rasch, ich habe keine Zeit.“

„Herr Rat versprochen eine Gratifikation beim Halb-jahresabschluss.“

„Wie steht denn die Bilanz?“

„Sie wird nach Bureauabschluss aufgestellt. Sie wird recht-zeitig fertig.“

(Fortf. folgt.)

Schwerer Betriebsunfall. Bei der Firma Goera in Tempelhof verunglückte gestern vormittag die Arbeiterin Rosenthal, indem sie mit der linken Hand zwischen den Präser und die Vorrichtung geriet. Die drei mittleren Finger wurden vollständig abgequetscht und der kleine Finger schwer lädiert.

Auf der Spur? Die Nachforschungen nach den Brüdern Erich und Wilhelm Hajos, die die Witwe Meyer in der Rammerstraße überfielen, sind auch weiter noch erfolglos geblieben. Es ist wahrscheinlich, daß die Verbrecher Berlin verlassen haben, um auf das Land zu gehen. Wie es scheint, ist ihre Spur in der Gegend von Lübben gefunden. In der Richtung von dort kamen am Donnerstag voriger Woche zwei junge Männer nach Ragow im Kreise Kahlaun und kehrten dann wieder um. Auf sie paßt die Beschreibung der beiden Brüder. Der eine trug auch, wie stets einer der beiden Hajos, das Band des Eisernen Kreuzes. In Ragow ließen sich die beiden in der Wirtschaft von Richter Kartoffeln abholen, nachdem ihnen in Krinnitz eine Wirtin das abgelehnt hatte. Nach dem Besuch der Richterischen Wirtschaft brachen sie auf zwei Gehöften ein. Die größte Deute machten sie dabei in der Wohnung des Gemeindevorsehers. Aus einem Ferngespräch in der Wirtschaft hörten sie, daß dieser nicht zu Hause war. Sie stiegen daraufhin durch ein Fenster ein und stahlen 1300 M. bares Geld, davon 75 M. in 50-Pf.-Stücken, das andere in Geldscheinen von 100 M. abwärts. Diese Spur wird weiter verfolgt.

Geschäftliche Notizen. Die Vacuum-Packer-Co. zeigt im Verantworte der heutigen Nummer die Vorführung ihres Pack-Apparates am Mittwoch, Donnerstag und Freitag den Hausfrauen an.

Steglich, Teuerungszulagen und Wohnungsfürsorge. Die Tagesordnung der letzten Gemeindevorstandssitzung stellte wieder bedeutende Anforderungen an die Gemeindefinanzen. So wurden 15 000 M. bewilligt für einen Lebensmittelkupon. Bei dieser Gelegenheit führte Gemeindevorsteher Leimbach (Soz.) lebhafteste Beschwerde über die schlechte Beschaffenheit der Kartoffeln, die mangelhafte Belieferung derselben an die Bevölkerung, über die Ungezogenheit des Brotes, unzureichende Verteilung von Brotbackmittel und Nährmitteln, den völligen Obstmangel und die ständige Lieferung von saurer Milch. Er forderte den Gemeindevorstand auf, bei den zuständigen Stellen energisch auf Abhilfe zu dringen. — Für Zwecke der Kriegsfürsorge wurden weitere 50 000 M. bewilligt. Der Beschluß, den Lehrerinnen einer höheren Privat-Mädchenkule je 350 M. Kriegsteuerzulage zu zahlen, erfordert 9450 M., während für eine einmalige Teuerungszulage an die Gemeindefinanzen rund 242 000 M. bewilligt wurden. Ein Antrag des G. v. Ahmann (Soz.), auch den Kriegshilfskräften und den Gemeindefürsorgern ein Monatsgehalt als einmalige Teuerungszulage zu gewähren, fand zwar mehrheitliche Zustimmung, doch wünschte man erst in dem Finanzaußschuß darüber zu beraten. Es ist also zu hoffen, daß die nächste Versammlung darüber beschließen wird. Weiter wurden 15 000 M. bewilligt zur Einrichtung einer Gemeinde-Schulreparaturwerkstatt, die einem dringenden Bedürfnis abhelfen soll. Zur Abwendung einer etwaigen Wohnungsnot wurden bis zu 50 000 M. bereitgestellt mit der Bedingung, daß der Gemeindevorstand in Gemeinschaft mit dem bestehenden Ausschuß für Übergangswirtschaft in dringenden Fällen entscheiden soll. In Zusammenhang mit der Wohnungsfürsorge steht der Erlass einer Polizeiverordnung über Wohnungsmietung, die jeden Vermieter einer Wohnung verpflichtet, jede leerstehende oder infolge einer Kündigung freizuerwerbende Wohnung innerhalb dreier Tage dem Gemeindevorstand zu melden, ebenso die erfolgte Vermietung. Die bereits um 25 Proz. erhöhten Reinigungszulagen der Schuldiener wurden um weitere 25 Proz., also auf 50 Proz. erhöht.

Lichtenberg, Die Erweiterung des Magistrats. Die Verwerfung freitags im Magistrat neugeschaffenen Stellen eines Stadtmedizinalrats und eines Stadtschulrats ist abgelaufen. Wie wir hören, sind für den Stadtmedizinalrat 7 und für den Stadtschulrat 41 Bewerbungen eingegangen. Der Wahlausschuß der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung wird sich demnächst über die Besetzung der neuen Ämter schlüssig werden.

Kreis Teltow, Lebensmittelzulagen für Mütter. Der Vorsitzende des Teltower Kreisaußschusses, Landrat v. Schenck, hat die nicht zum Lebensmittelverband Groß-Berlin gehörenden Gemeinden und Gutsbesitzer des Kreises der Gleichmäßigkeit halber ersucht, dieselben Nahrungsmittelzulagen für Schwangere und stillende Mütter zu gewähren, soweit es die Vorräte gestatten. Im Gebiet des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin werden schwangere Frauen in den letzten drei Monaten außer der Milchrate von 1/2 Liter täglich und der Brotzulage von 450 Gramm auch noch 1000 Gramm Nährmittel monatlich gewährt. Die gleiche Nährmittelzulage gibt der Lebensmittelverband auch den stillenden Müttern.

Mariendorf, Verkauf von Auslandsmarmelade. Die Gemeinde verkauft in den drei Gemeindefeldern Auslandsmarmelade auf Abschnitt 57 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Abgegeben wird

auf jede Karte 150 Gramm zum Preise von 60 Pf. Für die bis zum 27. September nicht abgeholte Ware erlischt das Bezugsrecht.

Friedrichshagen, Neuaufstellung der Fleischkartenliste. Bis Sonnabend, 28. September, muß die Eintragung in die neuen Listen geendet sein. Fleischkarten, die bis dahin nicht eingetragen sind, werden bei der Fleischverteilung nicht berücksichtigt.

Für die Fleischkarte Woche vom 30. September bis 6. Oktober werden auf Abschnitt 24 der grauen Lebensmittelkarte je 12 Pfund Kartoffeln abgegeben. Die Ausgabe geschieht bei den Kleinhändlern bis spätestens Freitag, 27. September. Die bis dahin nicht eingelösten Abschnitte verlieren ihre Gültigkeit.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 167 der Lebensmittelkarte der Gemeinde werden 250 Gramm Deringe zum Preise von 1,35 M. für 1 Pf. abgegeben. Die Anmeldung hat bis ein-

Post-Abonnetten

Die Bezugs-Bestellungen auf den „Vorwärts“ sind sofort bei der Post zu erneuern, wenn beim Vierteljahrswechsel in der Zustellung keine Unterbrechung eintreten soll. Der „Vorwärts“ kostet für das 4. Vierteljahr 1918 — Oktober-Dezember — 5,40 Mark, vom Briefträger ins Haus gebracht 5,82 Mark.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

schließlich 27. bei Händlern zu erfolgen. — Auf Abschnitt 63 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 100 Gramm lose Suppen zum Preise von 90 Pf. für ein Pfund abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich den 30. d. M. zu erfolgen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.
Karlsberg. Heute, abends 8 1/2 Uhr, wichtiger Jahlabend bei Poser, Dönhofsstraße.

Berichtszeitung.

Die Brotkartenfälscher-Zentrale im Bureauhaus „Börse“.

Ein Prozeß, dessen Beginn schon an allerlei technischen Schwierigkeiten scheiterte, beschäftigt das Schwurgericht des Landgerichts I. Die von Staatsanwalt Dr. Gutjahr vertretene Anklage, ein in Steindruck besonders hergestelltes Buch von über 100 Seiten, spiegelt den Kampf der Berliner Kriminalpolizei gegen ein Verbrechertorquillo von gewerbmäßigen Brotkartenfälschern wider. Angeklagt wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, Diebstahls, Gehehens und einer Reihe anderer Vergehen sind 10 Personen, von denen ein Teil schon über ein Jahr in Untersuchungshaft befindet. Als Hauptbeteiligte kommen in Frage: Der Kaufmann Andreas Boiwoda, der Arbeiter Karl Dienemann, der Buchdrucker Alfred Sandbach, der Buchdrucker (Musketier) Friedrich Rumpf, dessen Ehefrau Ella R., der Stereotypmeister Johann Dieß und eine Frau Margarete Reinsdorf. Das Verfahren gegen zwei Angeklagte, die nicht erkrankten waren, wurde abgetrennt. — Anfangs des Jahres 1917 tauchten in Berlin und den Vororten eine ungeheure Menge gefälschter Brotkarten auf, so daß sich ein erheblicher Einfluß auf die vorhandenen Vorräte bemerkbar machte. Die Berliner Kriminalpolizei organisierte einen umfassenden Beobachtungsdiens. Hierbei stellte es sich heraus, daß die Rumpfs, deren Ehemann damals Soldat war, sich des Nachts in ihrer Wohnung in der Georgenstraße 52 aufhielt, sondern mit ihrem Geliebten, dem Boiwoda, in dem Bureauhaus Börse in der Burgstraße. Als hier eines Nachts Kriminalbeamte eindringen, fanden sie eine vollständig eingerichtete Brotkartenfälscherei in vollem Betriebe. Die weiteren Ermittlungen ergaben folgendes: Querst hatten Boiwoda und Sandbach in dessen Druckerie am Grünen Weg 63, in der er sonst Speisefacten für Gasthöfe druckte, den Betrieb einer Brotkartenfälscherei aufgenommen. Später verwendeten sie Originalplatten, die in der Buchdruckerie Föhnders gestohlen

worden waren. Zu dieser Zeit wurden wöchentlich etwa 3000 Karten hergestellt. Später, nachdem der fälschertätige Ehemann Rumpf sich beteiligte, wurden in der Buchdruckerie im Bureauhaus Börse wöchentlich etwa 12 bis 18 000 Brotkarten hergestellt und zwar mit Originalplatten und Papier, das bei der Firma Hermann gestohlen worden war. Daß das Geschäft ein sehr lohnendes war, bewies die Tatsache, daß bei dem ebenfalls zu den Haupttätigen zählenden Ruffner Aniakowski 12 000 M., bei den übrigen ähnlich hohe Bargeldbeträge beschlagnahmt werden konnten. — Die Verhandlung, für welche 14 Sitzungstage in Aussicht genommen sind, schreite schon zu Beginn daran, daß zu wenig Geschworene anwesend waren, von denen einer außerdem sehr schwerhörig war. Die Verhandlung wurde deshalb nach mehrfachen Versuchen, Ersatzgeschworene zu bestellen, abgebrochen und vertagt.

Aus aller Welt.

Das Dresdener Eisenbahnunglück.

Unter den Toten, deren Zahl sich auf 33 vermehrt hat, konnten noch folgende Namen festgestellt werden: Frau Major v. Seebach, Berlin, Frau Ingenieur Papp, Rüdersdorf, Verthold Ludwig, Zeigel, Helene Ortman, Berlin, Johann Gründel, Friedrichshagen, Direktor Karl Sonnste, Berlin, Beamter der Reichsgetreidestelle Verthold Kelsch, Berlin, Chefredakteur Laben, Dresden, Sergeant Paul Müller, Dresden, Herr.-ung. Landsturmlieutenant Stefan Sinner, Brehburg, Ministerialdirektor Paul Meyer, Dresden, Frau Anna Wünsche, Dresden, Frau Kolling, Dresden, Fleischmeister Max Dietrich, Dresden, Leutnant Scholz, Dresden, Dr. Ing. Linke, Chemnitz, Kaufmann Albert Meyerhöfer, Pirna.

Briefkasten der Redaktion.

G. G. J. Anonyme Briefe besördern wir nicht weiter. — Z. H. Königsbütte. Brief eingegangen und an die Reichsstadtkommission weitergegeben. — G. P. 00. Sie müssen auf dem vorgeschriebenen Dienstwege ein entsprechendes Gesuch an die Inspektion der Fliegertruppen beim der übrigen Formationen richten. — S. 123. Briefe an Nichtberliner nach überseeischen Ländern werden auf folgende Weise besördert: Der Brief muß offen bleiben und mit 20 Pf. frankiert werden, dann sind 2 internationale Antwortscheine a 35 Pf. (auf jedem Postamt erhältlich) beizufügen. Dies alles ist an das Internationale Friedensbureau in Bern zu senden mit der Bitte um Weiterbesödderung an die überseeische Adresse. — H. P. Prüffler. Wenden Sie sich an das Zentralnachweisedureau des Kriegsministeriums Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48. — R. e. 1. An die Kriegsministerium. 2. Von solchen Schiedungen ist uns bisher nichts bekannt geworden. — Georg 159. Bei dem angegebenen Verdienst kann die Unterzeichnung geklärt werden. Sie ist abhängig vom Grade der Bedürftigkeit. — H. H. 20. 1. Wegen der Erhöhung mühen Sie sich mit einem Gesuch an die Kassenverwaltung wenden, von der Sie die Rente zugewiesen erhalten. 2. Als Bedürftigkeit wird u. a. angesehen, wenn eventuell aus der ersten Ehe noch Schulden an Witte, Abzahlung von Wirtschaftsgegenständen usw. vorhanden sind, oder wenn für die neue Ehe noch Anschaffungen gemacht werden müssen. 3. Der Antrag kann erst nach der Bereinigung gestellt werden. 4. An den dortigen Magistrat. — R. B. 20. Welche Dienstfähigkeit jemand mit einem neubildeten Herolden hat, wissen wir nicht, das entscheidet der Militärarzt. — Reutelan 8/9. 1. Ja, 2. Nein, es ist extra die Vorschrift, daß nach 18 Monaten Gefangenschaft Austausch erfolgt. — Zimmer 16. 1. Wenn Adoption erfolgt ist, sind Sie von der Zahlung befreit. 2. Wenn die Landesversicherungsanstalt für Sie nicht eintritt, müssen Sie die Kosten selbst tragen. 3. Die Krankenliste ist zu Werstellungen nicht verpflichtet. Darüber erfahren Sie aber Näheres aus dem Statut. 4. Beides kann für die Alimentation in Anspruch genommen werden. — H. H. 20. 1. Die Nachzahlung der Unterzahlung wird jetzt nicht erfolgen. Der Antrag hätte zur Zeit gestellt werden müssen. 2. Ja.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	22.	23.	Wasserstand am	22.	23.
	cm	cm		cm	cm
Remel Mühl	204	—	Zaale Großhül	72	—
Regel Ansternburg	—	—	Habel Sandau	35	33
Weichsel Idorn	100	—	— Rathenow	10	6
Oder Rasthof	109	110	Spree Spremberg	70	72
— Krollen	88	80	— Rendsburg	194	200
— Frankfurt	86	88	— Wünnen	132	135
Warthe Schrumm	—	—	— Rinden	304	302
— Landsberg	—	—	Rhein Rarhin.l.u.	455	—
Nebe Borsamm	—	—	— Saub	298	—
Elbe Leitmetz	—	—	— Göhr	198	—
— Dresden	—	—	Neckar Heilbronn	40	—
— Barby	62	55	Rain Hanau	150	—
— Magdeburg	58	51	— Mosel Trier	—	—

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zeitweise neblig, sonst größtenteils trocken und ziemlich heiter, in den Mittagstunden mild.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Maria Stuart.
Donnerst. 7 U.: Maria Stuart.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Do. 7 1/2 U.: Gaspardersonata.
Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstraße 1, Portal 5.
7 1/2 U.: Der Weibsteufel.
Volksbühne
Theater am Bülowsplatz.
Direktion Friedrich Kaylller.
7 1/2 Uhr: Maß für Maß.
Theater in Königgrätzer Str.
8: Schwestern und der Fremde.
Komödienhaus
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Zum 235. Male: Blitzblaues Blut.
Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
Heute 8 Uhr zum 396. Male: Der Lebensschüler.
Heute 1/4 kl. Pr.: Rotkäppchen.
Sonntag. 1/4 Uhr. kl. Preise: Schneewittchen.
Sonntag 1/4 Uhr. kl. Preise: Johannistag.
National-Theater.
1/8 Oßpenicker Str. 63. 1/8 Der große Operettenerfolg!
Prinzenliebe.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 2 1/2: Mäuschen.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.

Theater für Mittwoch, 25. September.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Die schöne Helena.
Friedrich-Wilhelmstheater
7 1/2 Uhr: Hannerl.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Der Einsame.
Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädels.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.
Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Der Stralauer Fischzug.
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Ein Volksfeind.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der hülhrenden Linde.
Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe mit Guido Thielscher.
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Graf Habenechts.
Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6. Leitung: Ferdinand Wagner.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Neue Kunst im neuen Rahmen.
Die große Varieté-Schau
Originalentwürfe d. Bühnendekoration v. Heinrich Zille.
Stralauer Fischzug. Alt-Berliner Weihnachtsmarkt.
Kaschemma usw.
Texte v. Hermann Frey. Musik v. Franz Schmidt-Hagen.
Persönliches Auftreten v. Anna Müller-Lincke.
Ferner: Willi Lillie, Hugo Rousseil, Königl. Niederl. Hofballettmstr. Otto Jaekel mit seinem Ballett-Ensemble sowie erstklassige Schaumannern.
Licht- und Wassereffekte Willi Hagedorn.
Vorverkauf bei A. Wertheim und an der Ingasse von 10 1/2—12 Uhr und ab 5 Uhr.

Circus Busch

Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Das großartige Programm.
Zum Schluss:
Oberon.
Große Wasser-Pantomime in 5 Akten
Daraus besonders hervorzuheben:
Das farbenprächtige Blumenballett.

WINTERGARTEN

12 Spezialitäten 12
Rauchen gestattet!

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Saisnah.
7 1/2 Uhr.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 8050.
Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Stück m. Musik v. Lauts v. Müllendorff. Georg. L. Holms.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Jugend.
Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11.
Der neue Schläger
Man lacht mal wieder!
Berliner Pötte in 3 Akten.
Vorher erstl. Spezialitäten.
U. a.: Orel Lind's Menschenaffen.
Sonnt. 3 1/2: Ein fideles Huhn.
Apollo-
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
September-Sensationen!
Sherlock Holmes der mexikanische Ausbrocherkönig.
Leb. Porzellan.
Rita Belmonte, die span. Schönheit, und weitere Sensat.
Vorverkauf an der Tagesk. 10—6 Uhr.
Sonnt. 3 1/2 Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.
KUKUK
Lichtspiele
Berlin O.
28 Große Frankfurter Str. 28
a. d. Andreasstraße
Die Glocke
Mit großem Gesang.
Maria Fein Kaiser Titz
im Drama
Das Edelwild.
Anfang 5 Uhr.
Prima Velourhüte
im Vorverkauf billiger!
Lindeku. C. Rosenthaler
Straße 38,
2. Geschl.: Grünwaldstr. 56,
Ecke Dageröder Platz. 281/10

Spezialarzt
Dr. med. Hasché.
Friedrichstr. 90
besucht am Stadtbahnhof, Behnke, von Zepflich, Hauptmann, Frauenleben, (bes.) Kron-Jüll, Schmeigle, ärztliche Behandlung, ohne Berufsberatung, Blutuntersuchung, 10-12 Uhr, 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.
Anfichtstatten
100 Stüd a W.
Schöne Köpfe, Meibes, Landshalt, Eilbde, usw.
— Preisliste frei.
Verband Nachnahme oder Voreinzahlung auf Karte 15 488
Gamburg 1873
Versandhaus Merkur
Arnold Bäcker
Rohrd 129.
Damenbart
Köstige Haare a unliebsamen Stellen beseitigt radikal bis auf d. Wurzel für immer nur mein Copiator-Unschäl. gefahrlos! l. absoll. sich. Pr. M. S. Drogenhaus H. Bocatius, Berlin N. Schinhaus Allee 132.
Spezialarzt
Dr. med. Laabs
bes. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsber. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Gyn. obf. Verleiden Harn- u. Blutesuntersuchung.
Königsstr. 94/96. Alexanderpl. Spr. 10—12, 5—8, Sonnt. 10—1

Beiderseits des Jordans. Fliegerangriffe auf Konstantinopel.

Konstantinopel, 23. September. Tagesbericht. Palästinafront. Geschicht geleitete Nachhutkämpfe sichern uns die Durchführung unserer Maßnahmen beiderseits des Jordans.

Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert. Englischer Heeresbericht aus Palästina. Nachdem wir die Jordanübergänge bei Jisr-ed-Damir am Morgen des 22. September besetzt hatten, war der letzte dem Feinde offene Weg zur Flucht westlich des Flusses von unseren Truppen geschlossen. Die 7. und 8. türkische Armee haben so gut wie aufgehört zu existieren. Ihr ganzer Train ist in unsere Hand gefallen. Am 22. September um 8 Uhr abends waren 25 000 Gefangene und 200 Geschütze gezählt. Viele Gefangene und viel Kriegsgerät sind in dieser Zahl noch nicht einbezogen.

Konstantinopel, 23. September. Begünstigt vom Vollmond versuchten gestern feindliche Flieger Konstantinopel anzugreifen. Infolge der energischen Abwehr verblieben sie nur sehr kurze Zeit über der Stadt und entfernten sich, ohne Schaden angerichtet zu haben. Heute nacht wurde der Versuch wiederholt.

Die Frontverlegung in Mazedonien.

Frankösischer Orientbericht vom 22. September. Im siegreichen Vormarsch erreichten serbische Truppen den Bardar. Gewisse Truppen überschritten den Fluss und schnitten die Eisenbahn Slopije-Saloniki ab. Andere Einheiten überschritten die Terna und schnitten die Bahn Decauville-Grabis-covo-Prilep ab, die Hauptverbindung der 11. deutschen Armee. Die strategischen Folgen der Unterbrechung des feindlichen Verbindungsweges und der Durchbruch der Front sind ungeheuer. Seit dem 15. 9. erreicht der serbische Vormarsch auf seinem rechten Flügel über 65 Kilometer Tiefe. Die Zahl der Gefangenen und die Beute wächst ständig.

Englischer Heeresbericht aus Saloniki vom 23. September. Infolge der Angriffe und des beständigen heftigen Drucks seitens der britischen und griechischen Truppen in Verbindung mit dem französischen und serbischen Vormarsch weiter westlich hat der Feind seine ganze Linie von Dojran bis westlich des Bardar geräumt. Er hat den Bahnhof Hubova und die Stapelplätze Gelsovo und Tatarli in Brand gesetzt, und seine Truppen und sein Troß drängen sich auf der Straße nach Norden, wobei sie von unseren Fliegern heftig mit Bomben beworfen und mit Maschinengewehren beschossen werden. Unsere Truppen rücken vor und haben die Linie Karaogulor-Damjali, einen Kilometer südlich von Bogdanca erreicht, und westlich des Bardar rücken sie auf Przenoi in Fühlung mit den bei Guricet stehenden Griechen vor.

Italienischer Heeresbericht vom 23. September. Mazedonische Front: Unsere Truppen überwinden den Widerstand der Bodeckungsabteilungen und die großen Geländeschwierigkeiten und setzen in der Nacht zum 22. September mit großem Scheit die Verfolgung des auf dem Rückzuge befindlichen Feindes fort. Nachdem sie bei Tagesanbruch ungefähr 12 Kilometer vorgeückt waren und 16 Dörfer erobert hatten, hatten sie mit dem linken Flügel und mit dem Zentrum die Linien Gairli Dobruskovo, Kusa Dba erreicht und sich auf dem rechten Flügel des Bobiste-Berges bemächtigt. Zahlreiche Gefangene wurden eingebracht.

Die Einführung des internationalen Dezimalmaßsystems in Russland, die durch Sowjetdekret angeordnet worden ist, soll bis zum 1. Januar 1919 in allen Institutionen eingeführt sein. In Ausnahmefällen, wo technische Rücksichten die Durchführung unmöglich machen, ist der letzte Termin bis 1922 hinausgeschoben. Der Gebrauch der alten russischen Gewichte und Maße ist vom 1. Januar 1924 ab unterbott.

Die Siegerin im Weltkrieg.

Eingeständnis eines Hansabundführers.

In der Philharmonie fand am Dienstagabend eine große Kundgebung des Hansabundes für die sofortige Beilegung der Zwangsverträge nach Friedensschluss statt. Der Hauptredner, Direktor Dr. Waldschmidt, der nach einer Ansprache Richers das Wort ergriff, brachte die bekannten mancherlei und kapitalistischen Argumente vor zur Verteidigung der freien Konkurrenz gegenüber dem Sozialismus, bei dem sich nichts verdienen läßt. Von größerem Interesse waren einige Aeusserungen, die der Redner anlässlich einer Betrachtung tat, ob die jetzige „sozialistische“ Richtung der liberalen Richtung den Ausgang machen werde. Er sagte, die Sozialdemokratie werde auch weiter die stärkste Partei im Reichstage sein. Sie habe im Kriege einen inneren Sieg nach dem anderen errungen und sei bisher die einzige Siegerin im Weltkrieg.

Zum Kummer des Direktors der Loewischen Fabriken wird die Sozialdemokratie sich erst recht nach dem Weltkriege als Siegerin behaupten.

Die Hüter deutscher Sittlichkeit.

Während ernsthafte politische Blätter die politischen Qualitäten der Männer prüfen, die in der jetzigen Krise für die Ausfüllung etwa frei werdender Ministerposten in Betracht kommen, hat die „Deutsche Zeitung“, ihren Traditionen getreu, die Unterhosen der Betreffenden einer gründlichen Revision unterzogen. Mit solcher Gründlichkeit, daß sie einmal wieder in der Lage ist, das Deutsche Reich vor dem Untergang zu retten. Sie stellt nämlich fest:

Unter den von der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse für diese Ämter in Vorschlag gebrachten Personen finden sich solche, die nicht nur sachlich, sondern auch persönlich vollkommen ungeeignet sind, im Dienste der Krone und des deutschen Volkes vor dem In- und Ausland zu stehen.

Da dem edlen Blatt aber seine Kühnmann-Entscheidungen so schlecht bekommen sind, so fragt es mit bewegten Mienen die Welt, wie es sich nun in diesem Falle verhalten soll. — Wie sich die „Deutsche Zeitung“ verhält, ist ihre Sache, die Welt wird sich — die Nase verhalten.

Das Blatt bekommt übrigens — zum wiederholten Male in wenigen Jahren? — einen neuen Chefredakteur, Herrn Reinhold Wulle. Als Leiter der Chemnitzer „Allgemeinen Zeitung“ und der Essener „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ hat Herr Wulle bereits Proben scharfmacherischer Beschäftigung und guten Eintretens für die schwerindustriellen Interessen abgelegt.

Die Klasseengensätze bedrohen das Zentrum Trüber Ausblick und Resignation.

Im Anschluß an die große Bochumer Kundgebung der Arbeiter-Zentrumsmitglieder Westdeutschlands, die das Einschreiten des Kölner Kardinals gegen die katholischen Arbeitervereine zur Folge gehabt hat, und an die große Rede Stegerwalds hat der bekannte Zentrumspublizist Dr. Brauweiler im „Düsseldorfer Tageblatt“ sich in gut zwei Dutzend Artikeln mit dem Programm und der Politik der Zentrumspartei befaßt. Die Kritik ist derart unvoreingenommen, daß sie sich vielfach mit gleichartigen Veröffentlichungen von sozialdemokratischer Seite deckt.

Mit Sorge stellt Dr. Brauweiler fest, daß die Zentrumspartei von 28 Proz. der Reichstagswählerstimmen in den achtziger Jahren auf 18 Proz. bei der letzten Wahl zurückgegangen sei, obwohl sich der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung vermehrt habe. Es sei zweifellos, daß der Erkenntnis zu verschließen, daß die katholische Jugend zum Teil ohne innere Anteilnahme, zum Teil direkt ablehnend dem Zentrum gegenüberstehe. Dabei drohten die wirtschaftlichen Interessengensätze das Zentrum zu zersprengen; wie aber würden sie erst losbrechen, wenn die ungeheure Schwierigkeit der Liquidation des Krieges herankomme. Das religiöse Band verjage die Wirkung, nachdem die ungleichartige Behandlung der Katholiken wegfalle. Für viele werde die möglichst scharfe Betretung ihrer materiellen Interessen das ausschlaggebende Motiv ihrer parteipolitischen Stellungnahme werden. Im Anschluß hieran schreibt Dr. Brauweiler:

„Diese Kenner unserer Zeit nehmen an, daß wir wahrscheinlich erst durch eine Zeit der reinen Parlamentarität, einer noch stärkeren Zersetzung des Gesellschaftskörpers und vielleicht noch eines kommunistischen Experimentes werden hindurchgehen müssen, ehe für die Erneuerung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens im Geiste des Christentums die Stunde kommt.“

Diese Stunde werde sicher kommen, so versichert der Verfasser, und sie gelte es vorzubereiten. Es ist nicht anzunehmen, daß ein politisch und historisch geschulter Mann wie Dr. Brauweiler im Ernst glaube, daß nach einer reinen Parlamentarität und einem „kommunistischen Experiment“ ein Rückfall in das liberale Staatsideal kommen könne, etwa mit einer häßlichen Verfassung, wie Brauweiler es früher als Ablösung der kapitalistischen Ordnung in Aussicht gestellt hat. Die Entwicklung schreitet nicht zurück in der Richtung zum Mittelalter. Dr. Brauweiler will lediglich die Tatsache der geschichtlichen und politischen Ueberholtheit der Zentrumspartei verschleiern.

Eine Abänderung. Wegen der Ausführungen des „Lokal-Anzeiger“, die in sehr durchsichtiger Weise den deutschen Gesandten in Kopenhagen, Graf v. Brockdorff-Rantzau, als das Haupt einer defätistischen Verwirrung in Kopenhagen bezeichneten, erhebt die „Nordd. Allgem. Zeitung“ scharfen Protest. Das edle Schwerindustriellenblatt meint darauf in echt alldeutscher Manier und will „nach Sinn und Wortlaut“ nichts Derartiges gesagt haben. Kennen wir! So macht die „Deutsche Zeitung“ auch. In Wirklichkeit waren die Ausführungen des „Lokal-Anzeiger“ so eindeutig wie nur irgend möglich.

Welsen und Wahrrecht. Der Ausschuß der deutsch-hannoverschen Partei (Welsenpartei) hat anlässlich seiner letzten Tagung am Sonntag in Hannover einstimmig beschlossen, daß im Falle von Neuwahlen zum Preussischen Landtage die deutsch-hannoverschen Parteiorganisationen dahin wirken sollen, daß nur Anhänger des gleichen Wahlrechts aufgestellt und gewählt werden.

Krankeidurand Wallross. Amlich, Berlin, 24. September. Der Staatssekretär des Innern, Staatsminister Wallraf, der vor zwei Jahren einen schweren Unfall erlitten hatte, hat sich wegen einer Verschlimmerung seines Augenleidens genötigt gesehen, einen Urlaub, der voraussichtlich zwei bis drei Wochen dauern wird, heute anzutreten.

„Preußenberg hoch!“ Der Preußenbund und der Bund der Kaisertruppen teilen der Presse mit, daß sie einem in der Öffentlichkeit verbreiteten Flugblatt mit obigem Titel fernstehen. Das Flugblatt gehe nicht von ihnen aus und die Unterschriften des Major v. Knobelsdorf und Dr. Rode seien gefälscht. — Die Erklärung kommt ausfällig spät, nachdem das Flugblatt schon am 20. September in der bayerischen Presse veröffentlicht wurde.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

In einer vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren einberufenen Versammlung, die gestern abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, teilte der Referent Barth mit, daß alle drei Arbeitgeberorganisationen, denen die Forderungen eingereicht worden sind, sich zu Verhandlungen zum Zwecke eines Tarifabschlusses mit dem Bäckerverband bereit erklärt haben. In den nächsten Tagen werden Vorbesprechungen mit Vertretern der einzelnen Organisationen stattfinden, denen später weitere Verhandlungen folgen werden. Wie der Referent bemerkte, darf angenommen werden, daß die Verhandlungen ein günstiges Ergebnis bringen werden. Ein Vorschlag — sagte der Referent — muß und stutig machen. Die größte Organisation unserer Arbeitgeber, der Zweckerbund der Bäckermeister, hat, wie aus einem Zeitungsbericht hervorgeht, unsere Forderungen dem Magistrat übergeben und dazu bemerkt, sie seien berechtigt, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Brotpreise erhöht werden. — Wenn der Zweckerbund glaubt, uns als Vorkämpfer für eine weitere Erhöhung der Brotpreise benutzen zu können, so erklären wir ganz entschieden, daß dies Bestreben bei uns keine Sympathie findet. Wir haben unsere Lohnbewegung nicht eingeleitet, um den Bäckermeistern höhere Brotpreise zu verschaffen, wodurch sie vielleicht in der Woche 50 M. mehr verdienen und davon 20 M. als Lohnerhöhung abgeben. Die Brotpreise sind erst kürzlich ganz bedeutend erhöht worden. Nach unserer Meinung verdienen die Bäckermeister bei den heutigen Brotpreisen genug, um unsere Forderungen zu bewilligen. Die Versammlung wählte eine Kommission, welche die Verhandlungen mit den Arbeitgebern führen soll.

Industrie und Handel.

Deutschland und die Randstaaten.

In den Randstaaten begegnet die deutsche Kriegswirtschaft der gewaltigen Schwierigkeit, daß sie sich vor allem auf die Bedürfnisse des Heimatlandes einstellen und ihnen die Volkswirtschaft des Okkupationsgebietes unterordnen muß. Begreiflicherweise hat die Bevölkerung der Randstaaten dafür nur ein geringes Verständnis. Sie sieht ihre eigenen Interessen und fühlt sich schwer benachteiligt, auch wenn die Maßnahmen in den Randstaaten nicht über die hinausgehen, die in Deutschland selbst getroffen werden. Gesetzt sich zu den objektiven Schwierigkeiten noch allzu große Boshaftigkeit oder gar ein übles Kraftmeiertum der deutschen ausführenden Organe, das als rücksichtslose und unnötige Brutalität aufgefäßt wird, so frist die Erbitterung um so tiefer.

Dort wenigstens, wo vernünftige militärische Oberkommandos bestehen, werden die Randgebiete nach Möglichkeit geschont und ihre Interessen gewahrt. So beabsichtigt die deutsche Heeresverwaltung in der Ukraine die ukrainische Industrie allmählich wieder in Gang zu bringen. Sie dient damit auch deutschen Interessen, weil die Ausfuhr aus Deutschland in die Ukraine unter den bekannten kriegswirtschaftlichen Verhältnissen nicht allzu groß sein kann und die Herstellung von Waren durch die ukrainische Industrie den Bauer veranlaßt, mit seinem Getreide und Vieh wieder auf den Markt zu fahren. Aber zugleich werden die kurzfristigen Bestrebungen jener industriellen Kreise in Deutschland abgelenkt, die am liebsten den Ruin der ukrainischen Industrie verewigen möchten, um sich auf die Dauer einen Konkurrenten vom Halbe zu schaffen. Von allem anderen, was dagegen spricht, abgesehen, wäre das ein ganz vergebliches Bemühen. Denn

die ukrainische Industrie, die auf Kohle und Erz stüt, wird immer neu entstehen, so schwere Schläge sie auch empfangen mag!

Durch die Förderung der ukrainischen Industrie wird auch die Arbeitslosigkeit eingedämmt. Wohl kann die bescheidene Tätigkeit, zu der sie vorerst nur kommen wird, nicht hinreichen, um die ganze industrielle Reservearmee aufzusaugen. Vielleicht werden auch freie Arbeitskräfte den Weg in andere östliche Okkupationsgebiete oder nach Deutschland finden, wobei aber nicht nachdrücklich genug verlangt werden kann, daß die sozialen Verhältnisse dieser landwirtschaftlichen und industriellen Wanderarbeiter möglichst gut gestaltet werden.

Die Lösung der so brennenden ukrainischen Agrarfrage ist ohne eine Wiederbelebung und spätere kräftige Weiterentwicklung der ukrainischen Industrie gar nicht möglich. Die Bevölkerung vermehrt sich außerordentlich rasch, so daß selbst, wenn heute eine radikale Agrarreform durchgeführt wird, nach einigen Jahren der Nahrungsspielraum zu klein, die Parzellierung und der Landbunger zu groß wird. Wenn die überschüssige Landbevölkerung aber in die Industrie abfließen kann, so tritt von selbst eine gewisse Befundung ein, die natürlich die Verschlagung der ungeheuren Latifundien nicht überflüssig macht, aber wirksam ergangen kann.

Es sind wohl sicherlich im Anfange der deutschen Okkupation in der Ukraine Fehler gemacht worden. Getreide und Vieh wurden genommen, wo man sie fand. Es liegt nicht im deutschen Interesse, daß eine dauernde, auch über den Krieg hinaus reichende Belieferung aus diesem reichen Lande verlangt, daß Raubbau getrieben wird. Es ist deshalb nachdrücklich zu wünschen, daß zum Beispiel nicht der Grundstoß des Viehstapels angegriffen wird. Aber auch wenn das nicht geschieht, wird die Ukraine recht erhebliche Mengen an Pferden und Rindvieh liefern können. Das Rindvieh ist im allgemeinen sehr gut genährt, weil es von den Bauern mit Getreide gefüttert worden ist. Auch an Getreide wird die Zufuhr aus der Ukraine vermutlich nicht unbeträchtlich sein. Das Wintergetreide hat eine gute Ernte ergeben, das Sommergetreide hat dagegen manche Hoffnung enttäuscht. Schließlich sind auch aus der Ukraine und den angrenzenden Gebieten recht erhebliche Mengen von Rohstoffen geliefert worden.

Abschließend sei nochmals die Notwendigkeit eines rücksichtsvollen Vorgehens betont. Die relative Schwäche der deutschen Besatzungstruppen in diesem Gebiete von der räumlichen Größe Deutschlands bringt es mit sich, daß auch die untergeordneten Organe mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet werden müssen. Darin liegt eine große Gefahr. Nur zu leicht kann die neue Würde einen gefährlichen Machtbünk erzeugen, zu Amtsmißbrauch führen und sogar nicht ganz hieb- und stichfeste Naturen zur Erlangung persönlicher Vorteile verleiten.

Die Steuerleistung im Kriege.

Das königlich Preussische Staatliche Landesamt hat im Auftrage des Finanzministers die Statistik der preussischen Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1917 bearbeitet und die Nachweisungen in einer umfangreichen Druckschrift veröffentlicht. Bekanntlich wird das steuerpflichtige Einkommen der Lohnarbeiterschaft genau erfasst, weil die „Arbeitgeber“ gesetzlich verpflichtet sind, der Steuerbehörde die Lohnnachweise zu liefern. Den übrigen Steuerpflichtigen (Rentnern) ist aufgegeben, ihr Einkommen selbst steuerlich zu bezichtigen, und es ist öffentliches Geheimnis, zudem durch markante Steuerhinterziehungspraxis fast ganz bekräftigt, daß es für Selbstverschäfer allerhand Mittel gibt, mit deren Hilfe sie der Steuerbehörde gegenüber ärmer erscheinen als sie wirklich sind.

Im allgemeinen ergibt sich aus ihr, daß 1917 von je 1000 Einwohnern Preußens 208,01 einkommensteuerfrei bleiben mußten, weil ihr Einkommen den Jahresbetrag von 900 M. nicht überstieg! Im Jahre 1913 waren es 198,4 pro 1000, mithin hat sich im dritten Kriegsjahr die Zahl der Preußen, deren Einkommen sich unter das von der staatlichen Steuerbehörde anerkannte Existenzminimum hielt, vermehrt gegen das letzte Friedensjahr. Nur in den Landgemeinden mit bis 3000 Einwohnern ist 1917 die Zahl der Empfänger des steuerfreien Einkommens zurückgegangen. Die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber hat ihre Einkommensverhältnisse bedeutend verbessert, ohne daß sie für die wichtigsten Lebensmittel die hohen Preise zahlen müssen, die der großstädtischen und industriellen Bevölkerung abverlangt werden. Von je 100 Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaften versteuerter 1917 beispielsweise ein Einkommen von über 3000 M. in den vorwiegend aber rein agrarischen Regierungsbezirken: Köslin 5,86, Stralsund 5,11, Posen 4,30, Rügenburg 6,57, Stede 6,19, in dem großindustriellen Pommern nur 3,47, in Arnberg 5,86. Die prozentual stärkste Zunahme der Jensten mit Einkommen von 3000 bis 10 000 Mark ging 1917 in den Landgemeinden von bis 2000 Einwohnern vor sich. Berücksichtigt man dazu, was auch schon offiziös über die oft mehr als dürftige steuerliche Erfassung des agrarischen Einkommens gesagt worden ist, dann darf man ruhig sagen, daß im großen und ganzen die agrarischen Betriebsinhaber aus der Kriegskonjunktur bedeutenden Nutzen gezogen haben.

Letzte Nachrichten.

Deutsch-französischer Gefangenenaustausch.

Berlin, 24. September. WTB. Die französische Regierung hatte, wie erinnertlich, den in Bern vereinbarten großen Austausch Kriegsgefangener und Zivilinternierter willkürlich eingestellt, als erst wenige Austauschfälle in Deutschland eingetroffen waren. Im Interesse der schwergeprüften deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und ihrer Angehörigen wurden von der deutschen Regierung sofort alle Schritte unternommen, um die baldige Wiederaufnahme des Austausches durchzusetzen. Dies Ziel ist erfreulicherweise bereits zum Teil erreicht worden. Ein Austausch mit Kriegsgefangenen aus Frankreich wird am 26. d. M. an der deutschen Grenze eintreffen. Vom 8. Oktober ab sollen wieder von deutscher und französischer Seite wöchentlich je zwei Bände mit Kriegsgefangenen abgelassen werden. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft erneute Störungen des fogenannten Liebesverkehrs nicht vorkommen, und daß auch der Austausch der Zivilinternierten baldigst wieder aufgenommen wird.

Erdbeden auf den griechischen Inseln.

Bern, 24. September. Italienische Zeitungen melden starkes Erdbeden im griechischen Inselreich, das besonders auf Milo (Miles) verheerend gewirkt habe; man zählte dort 300 Tote und über 2000 Verwundete, fast alle größeren Gebäude seien eingestürzt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Inquisition im Dienste der Zentralvorstände.

Zu einer unter obiger Überschrift durch die unabhängige Presse gehenden Kritik wird das Vorgehen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen eine gegen ihn vom Geschäftsführer der Vertikalisationsstelle Hrn. W. Steinhauer, erhobene verleumdende Beschuldigung kritisiert. Wie wir in der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. September berichteten, hatte Steinhauer in der Mitgliederversammlung der Vertikalisationsstelle Essen vom 28. April d. J. eine Entschuldigungsrede zum Aufbruch des Vorstandes in Nr. 10 der „Metallarbeiter-Zeitung“ eingebracht und begründet, in der unter anderem gesagt wird:

„Die Mitglieder (Versammlungsteilnehmer) betrachteten den Aufbruch als eine niederträchtige, bestellte Arbeit, die alles in der modernen Arbeiterbewegung übertrifft, und als Ehrenschänderei politisch andenkender Kollegen.“

Gegen eine solche in der Arbeiterbewegung zu allen Zeiten als schwer geltende Beschuldigung mußte der Vorstand des Metallarbeiterverbandes pflichtgemäß vorgehen, wenn anders er nicht als das gelten wollte, wozu ihn die von Steinhauer begründete Entschuldigungsrede stempelte.

Er tat, was in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anerkanntes Recht ist, er ließ den Verleumder persönlich für seine ehrenverletzenden Behauptungen erbringen. Die von Steinhauer abgegebene Erklärung zeigte, daß der gegen den Vorstand erhobene Vorwurf nicht aufrecht erhalten werden konnte.

Der Ausgang des gegen Steinhauer anhängig gemachten Verfahrens ist der unabhängigen Presse höchst unangenehm, weshalb sie sich jetzt gegen den Vorstand des Metallarbeiterverbandes wendet und es so darstellt, als ob ähnlich wie im Mittelalter seitens der katholischen Kirche, nun auch gegen die in der Arbeiterbewegung auftretenden sogenannten „Ketzer“ durch „Inquisitionsbehörden“ vorgegangen worden sollte.

Durch die Einleitung von Ausschlußverfahren und Sühnegerichte verleihe man die unbedeutendsten Kräfte mundtot zu machen oder sie aus der Organisation hinauszudrängen.

Solche Einwürfe erscheinen uns als recht bedenkliche Konstruktionen. Es soll durch sie bei den Lesern die Meinung gebildet werden, in der Arbeiterbewegung habe die Kritik und freie Meinungsäußerung keine Stätte mehr. Wir betonen, diese Meinung soll bei den Lesern gebildet werden, denn daß von dem Recht der Kritik und freien Meinungsäußerung deutet von den Anhängern der Unabhängigen in der Gewerkschaftsbewegung in viel ausgiebigerem Maße Gebrauch gemacht wird als jemals, daß diese Kritik leider nur zu oft sogar die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation in Frage stellt, bedarf doch wohl nicht erst eines besonderen Nachweises. Aber nicht um berechtigter Kritik an irgendwelchen Maßnahmen der Organisationsleitung handelte es sich im vorliegenden Falle, sondern um eine die höchsten Vertrauensleute einer großen Organisation ehrenkränkende und in der Öffentlichkeit herabsetzende Anschuldigung. Pflichtvergessen wäre es gewesen, wenn jene Angeklagten den Vorwurf hätten auf sich sitzen lassen, und pflichtvergessen handelte alle jene im Vorbergrund der Arbeiterbewegung stehenden Vertrauenspersonen, wenn sie sich ihren Schilf von ehrenrührigen Dingen nicht frei halten. Das war bisher so und kann deshalb nicht anders werden, weil gewisse Personen oder Richtungen nun plötzlich ihnen nicht genehme Gewerkschaftsführer für vogelfrei erklären möchten.

Was soll es übrigens bedeuten, wenn es in der fraglichen Kritik heißt, die in der „Metallarbeiter-Zeitung“ abgegebene Erklärung sei unter Einleitung eines Ausschlußverfahrens von einem Vertreter der Opposition erzwungen worden. Empfinden jene unabhängigen Blätter denn nicht, wie sehr sie den Abgeber jener Erklärung zum feigen Deutler stempeln, der aus Furcht vor dem Ausschluß sich bestimmen ließ, etwas zu widerrufen, von dem er innerlich nicht überzeugt war? Das spräche nicht gerade von personlichem Mut. Die Zeit der Inquisition bietet uns mannigfache Beispiele, wozu sich die Ketzer niemals zum Widerruf ihrer Ansprüche zwingen ließen, obwohl sie ihre Überzeugung mit den entsetzlichsten Todesqualen hüten mußten. Also bitte, man freige nicht in die Zeit der mittelalterlichen Inquisition, denn große Worte bewirken nur zu oft das Gegenteil.

Achtstundentag und Teuerungszulage fordern die Gemeindeführer.

In einer Versammlung der Vertrauensmänner und Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe, die am Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, begründete Müntzer die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Resolution, die im wesentlichen mit den Ausführungen des Referenten übereinstimmt, wurde einstimmig angenommen. Es lautet:

„Infolge der durch die Unterernährung herabgesetzten Leistungsfähigkeit der Arbeiter sowie der durch die jetzigen mäßigen Verhältnisse erschwerten Erreichung der Arbeitsstellen treten die Arbeiter der städtischen Betriebe in stetig steigendem Maße an die Arbeiterausschüsse mit Anträgen heran, die eine Verkürzung und von größeren Pausen nicht unterbrochene Arbeitszeit von höchstens acht Stunden täglicher Dauer fordern. Wir, die Vertrauensmänner und Arbeiterausschüsse, erklären diese Forderung nicht nur für berechtigt, sondern für im beiderseitigen Interesse liegend und durchführbar.“

Wir beantragen daher hiermit bei den Magistraten und Stadtverordneten der Gemeinden Groß-Berlin, die Einführung der ungeteilten täglich acht Stunden Dauer nicht überschreitenden Arbeitszeit in allen kommunalen Betrieben alsbald vorzunehmen. Eine Verkürzung des zurzeit bei längerer normaler Arbeitszeit erzielten täglichen Verdienstes darf mit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintreten.

Wir richten an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin, das Ersuchen, diese Erklärung den in Frage kommenden Stadtverwaltungen zu übermitteln und alle geeigneten Maßnahmen zu treffen und die notwendig werdenden Verhandlungen zu führen, um den Achtstundentag alsbald zur Durchführung zu bringen.“

Die Forderung einer einmaligen Teuerungszulage wurde ebenfalls vom Referenten Müntzer begründet. Er verwies darauf, daß der Berliner Magistrat eine Vorlage eingebracht hat, welche den Beamten, Hilfskräften und Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage gewährt. Diese Vorlage entspricht aber nicht den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter. Die Beamten der vierten Gehaltsklasse sollen eine Zulage erhalten, deren Mindestbetrag für die Beibrateten auf 600 M. für die Ledigen 420 M. bemessen ist. Dagegen sollen die Arbeiter, wenn sie ver-

heiratet sind nur 315 M., wenn sie ledig sind nur 198 M. erhalten. Die Kinderzulage ist bei den Beamten auf 100 M., bei den Arbeitern nur auf 67,50 M. bemessen. Es erscheint ungerade, daß die Arbeiter eine wesentlich geringere Zulage erhalten sollen, als Beamten der vierten Klasse als Mindestsatz gewährleistet wird, und daß die Vorlage alle Arbeiter, welche noch nicht ein Jahr in städtischen Betrieben beschäftigt sind, von der Zulage ausschließt. Die Teuerung ist für die Arbeiter nicht weniger drückend wie für die Beamten. Der Arbeiterhaushalt, der schon immer auf das unbedingt notwendige beschränkt war, ist durch die Kriegswirkungen so in Bedrängnis geraten, daß ihm nur durch eine nicht gar zu niedrig bemessene einmalige Zulage ein wenig aufgehoben werden kann.

In diesem Sinne sprachen auch alle Diskussionsredner. Schließlich wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen.

Die versammelten Vertrauensmänner und Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe erklären, daß zum Ausgleich für die im Ungemessene gestiegenen Preise für Kleidung und sonstige notwendigen Bedarfsartikel sowohl wie für die durch den herannahenden Winter bedingten außerordentlichen Sonderausgaben eine angemessene einmalige Teuerungszulage neben den laufenden Zulagen für die Arbeiter und Arbeiterinnen dringend notwendig ist. Als angemessen können sie diese einmalige Teuerungszulage nur betrachten, wenn sie mindestens in der gleichen Höhe gewährt wird wie sie die Klasse IV der Beamten erhält.

Bei der durch die Einziehung zum Heeresdienst verursachten starken Plutuation ist aus sozialen Gründen die Karenzzeit für die Bezugsberechtigung der einmaligen Zulage auf eine einmonatige Dienstzeit zu beschränken und zwar in der Weise, daß nach einmonatiger Dienstzeit ein Zwölftel und für jeden weiteren Monat ein weiteres Zwölftel des vollen Betrages der Zulage gewährt wird.

Ledige müssen 70 Proz. dieser Sätze erhalten. Ledige, die anderen Familienmitgliedern Unterhalt gewähren, werden den Verheirateten gleichgestellt. Das in Kost und Logis stehende Personal der Kranken- und Pflegeanstalten muß in gleicher Weise wie das übrige Personal der städtischen Betriebe berücksichtigt werden.

Den Kriegsteilnehmern, sowie den Ruhegeldempfängern wird die Hälfte der Sätze der vollen Zulage gewährleistet.

Wir beauftragen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, diese Erklärung dem Magistrat zu übermitteln und alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, unserer Forderung Gehör zu verschaffen.

Die Teuerungszulagen der Heeresverwaltung.

Aus Spandau wird uns geschrieben:

Täglich liest man in den Zeitungen über die Zahlung der Teuerungszulagen an Offiziere, Beamte und Angestellte. Bei den technischen Instituten der Heeresverwaltung ist diese Teuerungszulage seit circa acht Tagen bereits den Offizieren und Beamten gezahlt. Dem auf Annahmestellung angestellten Personal ist diese aber noch nicht gezahlt worden. Dem Vernehmen nach soll es daran liegen, daß das Königl. Kriegsministerium sich noch nicht einig ist, ob es den Reitergehülften und ähnlichen Kategorien, welche ein Einkommen von durchschnittlich 750 M. monatlich haben, eine Teuerungszulage zahlt. Während man im Kriegsministerium an dieser schwierigen Frage noch mehrere Wochen zu beraten hat, müssen alle anderen auf Annahmestellung Beschäftigten, welche nicht in der glücklichen Lage sind, ein so hohes Einkommen zu beziehen, bis zur Erledigung dieser Beratungen warten. Den vielen weiblichen Angestellten, welche nur ein Monatsgehalt von 130 bis 180 M. haben, wurde schon vor zwei Monaten telephonisch wegen der vielen Klagen die baldige Zahlung in Aussicht gestellt. Bis die Teuerungszulage ihnen wird, haben die gut besoldeten Herren Offiziere, höheren Beamten usw. bereits alles, was es noch irgend zum Winter erforderlich zu kaufen gibt, aufgekauft und den weniger bemittelten Angestellten, die schon immer mit den Schwierigkeiten der zurzeit herrschenden Teuerung zu kämpfen haben, bleibt entweder gar nichts oder nur das Teuere.

Bei der Bahn und Postbehörde sind in erster Linie die geringere besoldeten Angestellten berücksichtigt und dann erst die besser besoldeten, beim Königl. Kriegsministerium wird es umgekehrt gehandelt. Öffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß den Angestellten umgehend die Teuerungszulage gezahlt wird.

Unwahre Angaben einer Firma an die Militärbehörde.

Dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins war die Beschwerde eines zum Militär eingezogenen Tischlermeisters gegen die Flugzeugwerke A. wegen unwarer Angaben bei der Anmeldung an die Militärbehörde zur Feststellung des Sachverhalts von der zuständigen Behörde überwiesen worden. Das Ergebnis der Feststellung ist nunmehr in folgendem Schreiben an die Kriegsausschüsse niedergelegt.

„In der Anlage werden die Vorgänge betreffend Arbeitswechsels des Obermeisters G. von der A. Flugzeugwerken zurückgeführt mit dem ergebnissen Bemerkten, daß ein Schlichtungsverfahren seiner Zeit nicht stattgefunden hat. Eine am 12. 9. 18 vorgenommene genaue mündliche Vernehmung des Parteien hat ergeben, daß die im Schreiben vom 1. 9. 1917 an das Stellvert. Generalkommando des III. Armeekorps angeführten Behauptungen gegen den G. von der Firma nicht aufrecht erhalten werden konnten. Als Beweis hierfür dient u. a. das in Abschrift beigelegte Zeugnis der A. Flugzeugwerke vom 28. September 1917.“

Unter diesen Umständen bedauert der Schlichtungsausschuß, daß seiner Zeit keine Befragung desselben gemäß § 85 der Verfahrensordnung vom 31. 1. 17 Kriegsamt Nr. 7. S. 7. erfolgte und beklammert jetzt die Überweisung des p. G. an einen neuen Betrieb mit der Bitte, diese aus Billigkeitsgründen mit tüchtigster Beschleunigung veranlassen zu wollen.

Die Bureauhilfsarbeiter der Stadt Neudöln.

nehmen in einer Versammlung zur Erhöhung ihrer Gehälter und zur Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage Stellung. Infolge des Verbots der Bureauangestellten berichtete über das Ergebnis der Eingabe an den Magistrat wegen Erhöhung der Gehälter. In Zeitungsnachrichten schreibt der Magistrat, daß er Gehaltssteigerungen von 20 bis 70 M. bewilligt habe. In Wirklichkeit haben 85 bis 90 Proz. der Hilfskräfte nur 10 bis 30 M. er-

halten, während circa 10 Proz. über 30 bis 70 M. aufgebessert sind. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Hilfskräfte in Neudöln zum größten Teil die niedrigsten Gehälter der Groß-Berliner Gemeinden erhielten. Unter diesen Umständen muß es auch höchste Verurteilung werden, wenn der Magistrat die geringen Aufbesserungen zum Vorwand nimmt, um den Hilfskräften jede einmalige Teuerungszulage zu verweigern, obwohl die Gehaltsaufbesserung für ein ganzes Jahr nur etwa die Hälfte der Teuerungszulage der untersten Beamtengruppe ausmacht. Die Gründe für die einmalige Teuerungszulage treffen für die Hilfskräfte in erhöhtem Maße zu. In der Diskussion wurden diese Ausführungen lebhaft unterstützt. Allseitig kam eine starke Inquietude über die Zurücksetzung der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen zum Ausdruck. Einstimmig wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die Versammlung der Bureauhilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen der Stadt Neudöln begrüßt es mit Freude, daß durch das tatkräftige Vorgehen des Verbandes der Bureauangestellten eine Aufbesserung der Hilfsarbeitergehälter erzielt worden ist. Diese Aufbesserung muß jedoch als unzureichend betrachtet werden, da eine wesentliche Erhöhung nur den wenigen schon bisher in den höchsten Gehaltsklassen befindlichen Hilfskräften bewilligt ist. Circa 85 bis 90 Proz. der Hilfskräfte sind nur um 15 bis 30 M. pro Monat aufgebessert worden. Die Versammlung ist nach wie vor der Ansicht, daß die Aufbesserung für alle Hilfskräfte mindestens 50 M. für die Ledigen und 75 M. für die Verheirateten pro Monat betragen muß. Der Verband der Bureauangestellten wird beauftragt, im Sinne dieser Forderungen mit dem Magistrat zu verhandeln.“

Die Versammlung nimmt ferner mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Magistrat die geringfügige Gehaltsaufbesserung zum Anlaß nimmt, den Hilfskräften jede einmalige Teuerungszulage zu verweigern. Die für die einmalige Teuerungszulage maßgebenden Gründe treffen bei den Hilfsarbeitern in erhöhtem Maße zu. Es wird daher verlangt, daß die mindestens ein Jahr beschäftigten Hilfskräfte mit den Beamten gleichgestellt werden. Die weniger als ein Jahr, aber mindestens 6 Monate beschäftigten Hilfskräfte sollen drei Viertel, die mindestens 3 Monate beschäftigten die Hälfte und die mindestens einen Monat beschäftigten Hilfskräfte ein Viertel dieser Sätze erhalten. Die Versammlung erwartet von der Stadtverordnetenversammlung, daß sie den sozial rechtlichen Standpunkt des Magistrats revidiert und den beschriebenen Wünschen der Hilfsarbeiter Rechnung trägt.“

Die Nordmänner hatten im Juli den Antrag gestellt, die Abfordersätze des Reichsarbeitsrates für Gehaltskörbe mit Rücksicht auf die Teuerung zu erhöhen. Der Antrag hat den Erfolg gehabt, daß eine Lohnaufbesserung um 10 Proz. bewilligt wurde. Der Zuschlag soll auf die einzelnen Positionen des Tarifs berechnet werden.

Lohnbewegung in den Dresdener Rüstungsbetrieben.

Das Ortskartell militärischer Betriebe in Dresden und Radeberg hatte für Sonntag vormittag 11 Uhr in den Zirkus Sarrasani zu Dresden eine Versammlung aller in den königlich sächsischen militärischen Betrieben (Arsenal) zu Dresden und Radeberg beschäftigten Arbeiter beiderlei Geschlechts einberufen, die einen imponierenden Verlauf nahm. Sie folgte der Forderung der von den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen aufgestellten Forderungen und Wünschen auf zeitgemäße Verdiensterhöhung dienen. Der gewaltige, über 5000 Personen fassende Zirkusbau war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Der Vorsitzende des Ortskartells, Heinrich Marx vom Metallarbeiterverband, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß seit der Neuregelung der Einkommensverhältnisse im September 1917 so gut wie nichts geschehen sei, um die Gehälter und Löhne der inzwischen eingetretenen weiteren gewaltigen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung anzupassen. Der Hauptredner, Reichstagsabgeordneter Siebel (Berlin) beleuchtete in einer oft von Zustimmung und Beifall unterbrochenen Rede die Teuerung und die Auswanderung des Volkes durch die aller moralischen Bedenken baren Kriegsgewinne. Wenn die Arbeitskraft der Angestellten und Arbeiter nicht schwersten Schaden leiden und dadurch die Herstellung des notwendigen Heeresbedarfes nicht nachteilig beeinflusst werden solle, sei es dringend notwendig, durch ausreichende Aufbesserung der Gehälter und Löhne die wirtschaftliche Widerstandskraft der Angestellten und Arbeiter zu heben. Dann sprachen noch der Vorsitzende vom Bunde der Handwerker, der Vorsitzende des deutschen Militärarbeiterverbandes und Reichstagsabgeordneter Wulz (Dresden). Alle betonten die Notwendigkeit festen Zusammenhalts durch Anschließ an die Organisationen.

In einer einstimmig angenommenen Entschlieung wurden als Mindestmaß der unter den heutigen Ernährungs- und Teuerungsverhältnissen notwendigen Aufbesserung die von den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen vorgeschlagenen Erhöhungen aller Stundenlöhne um 30 Pf. und der verlangte Ausgleich für berufsbewusst vorgekommene Gehaltsrückstellungen beigestimmt. Die Absicht der Behörde, die jetzt im freien Arbeitsvertrag stehenden Angestellten zu militarisieren, habe unter allen Beschäftigten Verunsicherung und Erregung angezettelt. Sie bedeute grundtätlich einen Angriff auf allgemeine Rechte und Freiheiten aller Arbeiter.

Die Arbeitslöhne der russischen Eisenbahnangestellten.

Moskau, 23. September. (PZA) Es sind heute Arbeitslöhne für die Eisenbahnangestellten festgesetzt worden. Der höchste Verdienst beträgt 702 Rubel, der geringste 208 Rubel.

Zählung der industriellen Gewerkschaften Russlands.

Moskau, 23. September. (PZA) Ende September wird das Zentralstatistische Bureau eine Zählung der Mitglieder der industriellen Gewerkschaften in ganz Rußland vornehmen.

Eingegangene Druckschriften.

Die aufgeführten Bücher können durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. (Die Angabe der Bücher gilt jedoch nicht als Empfehlung.)

Die Psyche des männlichen Geschlechtslebens. Von Professor Dr. C. Roedel. Geb. 1,50 M. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

Zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft. Preis 4 M. J. H. Lehmanns Verlag, München.

Der Krieg 1914/18. Heft 121/125. Preis je 40 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W 57, Potsdamer Str. 88.

Beamtenschaft für Politik: Erich Sautner, Berlin; für den übrigen Teil des Reiches: Alfred Scholz, Neudöln; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin; Verlagsanstalt: Carl Schurz u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3, 4. u. 5. Etage 2. Verlag.

Humboldt-Akademie Freie Hochschule
Groß-Berliner Volkshochschule
für Männer und Frauen jeden Alters und Standes
Beginn der Vorlesungen: 2.—18. Oktober
239 Vortragsreihen aus allen Wissensgebieten
Unterrichtskurse in allen wichtigen klassischen und modernen Sprachen
Mathematik, Buchführung, Stenographie
Wissenschaftliche Abende
Seminare (Übungen für Fortgeschrittene)
Sonder-Vortragsreihe für moderne Wirtschaftsfragen von hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens
Wissenschaftliche Filmvorträge
Vorträge aus deutscher Gegenwart.

Vorlesungsverzeichnisse u. Hörscheine: b. Tietz, i. Kaufhaus d. Weizens, in Buchhandlungen, in Vereinstellen.
Hauptbüro: Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 53-56, II (Anbau des Börsengebäudes, Nähe Burgstraße, Bahnhof Börse.)

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Sankt-Messina- u. Köpenicker-Str. 11
C. 33 Berlin, Tel. 13706

Wasserkuren
Central-Bad
Anzengruberstr. 28
Köpenicker-Str. 25
Südliche Höhe

Passage-Bad
Kottbusser-Damm 79
Referat: Bad, Wiener Str. 66

Kaufhäuser
Timmer-Essig
Spreewald-Str. 11
Hauptvertrieb: Berlin

Brauerei Bötzow
Qualitätsbiere
ersten Ranges

Bezugsquellen-Verzeichnis
Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Bauwagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 14
A. E. Lange, Brunnenstr. 166

Bäder- u. Kautschukwaren
Otto Wolff, Treptow, Erdstr. 14

Kutur, Elter, Käse
Wilhelm Göbel
24 eigene Filialen

Gebüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
12 Detail-Geschäfte

Korn-, Weizen-, Vorkorn,
Hermann Meyer, Köpenicker-Str. 11

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg

Weinbier, C. Breithaupt,
Friedrichstr. 97, Tel. 1241, 1242

Korn- u. Kautschukwaren
J. Baer, Köpenicker-Str. 11
Kottbusser-Damm 79

Ballmann, E., Nähmaschinen
Kottbusser-Damm 79

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Fleisch u. Wurstw.
Otto Kogel, Alte Jakobstr. 24
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Strömerstr. 41
Rühlmann, P. M. Alster-40b, C. Soest

Wollwaren
Vester, E.
Kottbusser-Damm 1819

Wohnungswesen
Bethke, Georg,
Kottbusser-Damm 44
Kottbusser-Damm 121, Friedrichstr. 21
Treptow, Grün-Str. 41

Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nikla-Becker-Str. 14

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N. W. 21, Alt-Moabit
86113
Ältester und größter
Milchwirtschaftlicher
— Großbetrieb —

Photogr. Apparat
150, Kottbusser-Str. 1
N. Altrachi, auch Gelegenheitsk.

Wolke, Lina, Friseurin

Kugo Soling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co., AG.,
ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.